

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Fernsprecher: Rini Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Gepadiens

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Dezember 1930

Das Reparationsproblem.

Reden von Young und Schacht.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die zwei wichtigsten Verfasser des neuen Reparationsplanes haben am Mittwoch abend zur selben Stunde über dessen Revision gesprochen: Dr. Hjalmar Schacht in Bremen unmittelbar nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten, und Owen Young in New York. Natürlich ist das, was der Amerikaner gesagt hat, ungleich wichtiger als es die Ausführungen des ehemaligen Reichsbankpräsidenten sind, der schon in der Vergangenheit oft genug bewiesen hat, wie unberechenbar und unzuverlässig er ist.

Schacht hatte alles Interesse daran, in seinem Vortrag vor der Bremer Handelskammer die Erfolge seiner Aufklärungsarbeit in Amerika in möglich günstigem Licht zu rücken. Er versicherte, dass er drüben grosses Verständnis für seinen Standpunkt gefunden habe, dass es absurd sei, das deutsche Volk auf zwei Generationen hinaus mit laufenden Reparationszahlungen aus dem Versailler Vertrag zu belasten. Als höfliche Menschen, deren Gast er war, werden ihm die amerikanischen Bankiers gewiss nicht schroff widersprochen haben. Sonst hätten sie ihm immerhin entgegen können, dass das Pariser Sachverständigenabkommen, das diese Belastung Deutschlands bis zum Jahre 1988 vorsieht, auch die Unterschrift Dr. Hjalmar Schachts trägt; und dass seine späteren Seitensprünge auf der zweiten Haager Konferenz ihn nicht von der persönlichen Mitverantwortung für alle wesentlichen und entscheidenden Bestimmungen des neuen Planes befreien.

Nun hat auch gleichzeitig Owen Young zu dem Revisions-Thema gesprochen. Wir vermögen in seiner Rede nichts Sensationelles zu entdecken und auch nichts was zu besonderem Optimismus in der Revisionsfrage berechtigt. Bemerkenswert ist freilich, dass er die gegenüber dem Sommer 1928 durch das Sinken der Warenpreise eingetretene Veränderung der Lage zugibt. Es ist in der Tat unbestreitbar, dass das Fallen der Preise zugleich ein Steigen des Goldwertes bedeutet, und damit auch eine Erhöhung der tatsächlichen deutschen Reparationslast. In diesem Zusammenhang hat Young das deutsche Bestreben nach einer Revision für "ganz natürlich" erklärt. Als die zuständige Stelle für die Befürwortung einer etwaigen Revision, "falls es einmal nötig werden sollte", hat er die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel bezeichnet.

Nun ist sich Owen Young bewusst, dass auch die B.I.Z. von den Gläubigerstaaten keine Zustimmung zu einer Revision erhalten wird, solange die Vereinigten Staaten selbst an ihrem bisherigen Standpunkt in der Frage der interalliierten Schulden festhalten. Der weitaus grösste Teil der deutschen Tributlasten fliesst nicht in die Kassen Frankreichs, Englands und anderer ehemaliger Kriegsgegner Deutschlands, sondern weiter nach Amerika, das auf diese Art seine Kriegsforderungen an Frankreich, England usw. eintreibt. Leider ist das in Deutschland viel zu wenig bekannt, sonst würden die Nationalsozialisten niemals mit ihrer in der Hauptsache gegen Frankreich gerichteten Anti-

Young-Agitation Erfolge erzielt haben. In Frankreich und in den anderen europäischen Gläubigerländern, in denen das Problem des interalliierten Schuldenausgleichs die Gemüter jahrelang in Atem gehalten hat, ist diese Tatsache wohl bekannt. Deshalb stösst dort das deutsche Revisionsverlangen auf heftigen Widerstand. Die natürliche Antwort darauf ist: Erst muss Amerika in der Schuldenfrage seinen unmittelbaren Gläubigern, die gleichfalls auf zwei Generationen hinaus belastet sind, entgegenkommen.

Das weiss Owen Young so gut, dass er während der Pariser Konferenz vergeblich versucht hatte, die Washingtoner Regierung zu irgendwelchen Konzessionen zu bewegen, die Deutschland unmittelbar zugutegekommen wären. Nun hat er in seiner New Yorker Rede sein eigenes Land ermahnt "nicht hartherzig" zu sein. Er hat weiter angedeutet, dass die amerikanische Wirtschaftskrise zusammenhängt mit der europäischen, und diese wiederum mit der Reparationsregelung. Vielleicht trägt dieser Hinweis dazu bei, die Stimmung in den Vereinigten Staaten im Sinne einer weniger "hartherzigen" Behandlung der interalliierten Schuldenfragen zu beeinflussen. Vielleicht! Bisher ist aber von einer Bereitschaft zu Konzessionen weder bei der amerikanischen Regierung, noch in den leitenden Kreisen der amerikanischen Wirtschaft, noch in den breiten Massen des amerikanischen Volkes wenig zu merken gewesen. Owen Young ist gewiss eine wichtige Persönlichkeit der amerikanischen Hochfinanz, aber er ist nur eine unter vielen. Der noch wichtigere und mächtigere Finanzmagnat, der Staatssekretär Mellon, ist bisher immer der Vorkämpfer der restlosen Eintreibung der europäischen Schulden gewesen. Die Tatsache der Wirtschaftskrise kann auch auf die Massen der amerikanischen Steuerzahler ganz anders wirken, wenn man ihnen, wie es bisher geschehen ist, auseinandersetzt, dass alles, was Frankreich, England und Italien nachgelassen wird, dann von ihnen selbst getragen werden müsste.

Deshalb müssen wir vor jedem Optimismus warnen. Weder die höflichen Antworten, die Schacht auf seine Darlegungen jenseits des Ozeans erhalten hat, noch die Mahnungen Owen Youngs an seine Landsleute lassen eine baldige Inangriffnahme der Revisionsfrage erhoffen. Der Schlüssel des Problems liegt zweifellos bei Amerika, und nur bei Amerika. Aber es wird vermutlich noch einer längeren Zeit der Aufklärung bedürfen, bis sich drüben jene Erkenntnisse allgemein durchgesetzt haben, die allein eine gründliche Änderung des Reparationsproblems ermöglichen werden.

SPD. Warschau, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das neue polnische Kabinett ist immer noch nicht fertig. Inoffiziell wird jedoch mitgeteilt, dass die Regierung Slawek im Vergleich zu dem Kabinett Pilsudski keine grösseren Veränderungen aufweisen werde. Neu besetzt werden u.a. das Justizministerium und zwar mit dem Staatsanwalt Michalowski, der die Anklage gegen die in Brest-Litowsk gefangen gehaltenen Oppositionsführer geführt hat, ferner das Ministerium für öffentliche Arbeiten mit dem General Norgit-Neugebauer. Der Innenminister General Skladkowski bleibt. Der zurücktretende Justizminister Zar soll zum Vizemarschall im Sejm gewählt werden. Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Oberst Beck wird zum stellvertretenden Minister des Äusseren ernannt werden.

In Brest-Litowsk befinden sich z.Zt. noch 6 polnische Oppositionsführer in Haft. Sie dürften jedoch in absehbarer Zeit ebenfalls auf freien Fuss gesetzt werden. Alle bisher entlassenen Abgeordneten haben sich im Gefängnis schwere Leiden zugezogen und sind vollkommen ergraut. Ueber ihre Erlebnisse wahren sie aus naheliegenden Gründen strengstes Schweigen. Es sickert jedoch allmählich durch, dass ihre Behandlung durch die Gendarmen Pilsudskis an mittelalterliche Inquisitionsfoltern erinnert habe.

SPD. Breslau, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die bei der Polizeiaktion in Jäschkowitz verhafteten 321 Personen sind bis auf 4 wieder auf freien Fuss gesetzt worden. Gegen alle wird die Staatsanwaltschaft ein Verfahren einleiten.

SPD. Zürich, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im schweizerischen Nationalrat wurde am Donnerstag der Antrag der sozialistischen Fraktion, den Ausweisungsbeschluss gegen Bassanesi, Tarchiani und Rosselli nochmals zu prüfen und möglichst aufzuheben, mit 130 gegen 47 sozialdemokratische und eine bürgerliche Stimme abgelehnt. Die bürgerlichen Fraktionen gaben vor der Abstimmung Erklärungen ab, nach denen sie zwar die Ausweisung zum Teil nicht billigen, dem sozialdemokratischen Antrag aber trotzdem nicht zustimmen könnten, weil nur der Bundesrat für Ausweisungen zuständig sei. Auch die beiden Kommunisten stimmten gegen den Antrag der Sozialisten.

SPD. Wien, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des Nationalrats wurde der Sozialdemokrat Eldersch in der Stichwahl gegen den Kandidaten der Christlich-Sozialen mit 80 Stimmen der Sozialdemokraten und Grossdeutschen zum 1. Präsidenten gewählt. Eldersch appellierte nach seiner Wahl an das Haus, seine Tätigkeit vornehmlich der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der fürchterlichen Arbeitslosigkeit zu widmen und sich als Hüter der demokratischen Verfassung zu betätigen. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Präsident Eldersch die Ernennung der neuen Regierung bekannt. Im Anschluss daran erschienen die Minister im Saal und nahmen auf der Regierungsbank Platz. Am Freitag wird die neue Regierung dem Parlament ihr Programm zur Kenntnis geben.

SPD. Rom, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die drei am Dienstag in Rom im Zusammenhang mit der Entdeckung von "Geheimbünden" verhafteten Personen sind Intellektuelle, von denen der eine namens Vinciguerra Schriftsteller und Uebersetzer des englischen Dichters Shelleys ist. Der zweite Verhaftete ist der literarische Korrespondent der "Chicago Daily News" Rendi. Bei der verhafteten Frau handelt es sich um die Witwe des römischen Dichters Debosis, eine 63 jährige Frau und gebürtige Amerikanerin, die im Hospital liegt. Ausserdem sollen im Zusammenhang mit der Entdeckung der Geheimbünde noch Mitglieder der italienisch-amerikanischen Gesellschaft für Kulturförderung gesucht werden, die flüchtig sind.

SPD. Leipzig, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Leipziger Krawalle vom Dienstag-Abend haben inzwischen ein zweites Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus St. Jacob ist der Dreher Cymbowsky an den Folgen eines Bauchschusses gestorben.

SPD. Paris, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Senat begann am Donnerstag vor vollem Haus die Interpellationsdebatte über die allgemeine Politik der Regierung. Die Stimmung war aufs äusserste gespannt, denn selbst die klügsten Auguren sind sich nicht darüber einig geworden, ob die Regierung siegreich oder geschlagen aus der Schlacht hervorgehen wird. Die Regierungsanhänger rechnen mit einer Mehrheit von einigen wenigen Stimmen, ähnlich wie im Sommer, wo das Kabinett mit drei Stimmen Mehrheit davonkam. Die Opposition hofft ebenso stark auf einen Sieg.

Der Interpellant Hery begann seine Rede mit einer kurzen Darstellung der aussenpolitischen Lage. Er betonte, dass er für die Räumung des Rheinlandes gestimmt habe, bedauerte aber sofort, dass diese Tat der französischen Regierung nicht die erwartete Rückwirkung in Deutschland gebracht, sondern im Gegenteil zu den Stahlhelmkundgebungen geführt habe. Hätte man aber, so fuhr Hery fort, nach dem Ausfall der Reichstagswahlen neue Zwangsmassnahmen ergriffen wie dies gewisse Kreise geraten hätten, dann hätte man die Lage nur verschlimmert. Hery verlangte, dass die französische Regierung ihre Stellung in der Abrüstungsfrage klar bekenne und protestierte gegen gewisse Umtriebe im Kriegsministerium, die die Wiederabschaffung der Einjährigendienstzeit verlangten. In einer eingehenden Kritik an der Finanzgebarung des Kabinettes Tardieu bezeichnete Hery dessen Prosperitätspolitik als Lüge, das famose Fünfjahresprogramm als Trugbild und die Budgetpolitik als einen Leichtsin. Schärfer noch kritisierte er die Haltung der Regierung gegenüber der schrankenlosen Spekulationswut an der Börse und betonte, dass die Regierung im Oustric-Krach eine unleugbare Verantwortung auf sich geladen habe. Sie habe nicht die kleinen Sparer geschützt, sondern die grossen Spekulanten begünstigt. Die Innenpolitik Tardieus endlich sei nichts anderes als glatte Wahlpolitik zur Vorbereitung der Kammerwahl von 1932. Alle Präfekten, die nicht über ein genügend biegsames Rückgrat verfügten seien entfernt worden. Hery schloss mit der Feststellung, dass die Regierung besser täte, sofort freiwillig von der Bühne abzutreten, als sich stückweise davonschwemmen zu lassen. Die Wählerschaft sei genau. Sie verlange klaren Tisch, wie es das Interesse der Republik und die Würde des parlamentarischen Systems erfordere.

Darauf ergriff Ministerpräsident Tardieu das Wort.

SPD. Stockholm, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Erzbischof Nathan Söderblom gewährte heute den ausländischen Pressevertretern vor seiner Abreise nach Oslo zur Empfangnahme des Friedenspreises ein Interview, in dem er seine Gedanken über die Zukunft der Friedensbewegung darlegte. Er hob hervor, dass er die Nobelpreisverleihung nicht als persönliche Auszeichnung, sondern als Anerkennung für die ökumenische Einigungs- und Friedensbewegung in ihrer Gesamtheit auffasse. Die ökumenisch-kirchliche Friedensbewegung dürfe sich nicht in der Abfassung theoretischer Forderungen bewegen, sondern müsse ihre Arbeit auch auf die Praxis ausdehnen. Als wichtiges Ziel der kirchlichen Friedensbewegung sei die Schaffung einer allgemeinen keine nationalen Grenzen kennenden Bruderschaft und Ausbau der Rechtsordnung in den einzelnen Ländern anzusehen. Abschliessend wies Erzbischof Söderblom auf die Notwendigkeit einer Unterstützung der Völkerbundsbestrebungen durch die christlichen Kirchen hin. Es bestehe bereits in Genf eine Einrichtung, die sowohl vom Völkerbund wie von der ökumenischen Bewegung unterstützt werde, das Sozialwissenschaftliche Institut, das auch bereits die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit erwiesen habe.

SPD. Paris, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Bürgermeister der Stadt Lyon, Herriot, der nach längerer Krankheit am Mittwoch vormittag zum erstenmal wieder in der Kammer erschien, hat sofort einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, den von der Erdrutschkatastrophe in Lyon heimgesuchten Familien einen Kredit von 15 Millionen Franken zu bewilligen, wobei er sich vorbehielt, die Summe später wenn die Wiederherstellungskosten der zerstörten Behausungen vollkommen festgestellt sein werden, nach Massgabe zu erhöhen. Die geforderten 15 Millionen Franken sind ohne Debatte bewilligt worden.

SPD. Paris, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Zur Hebung und Erleichterung des Fremdenverkehrs in Frankreich ist unter dem Vorsitz des Oberkommissars für Touristik, Gerard, in einer interministeriellen Kommission beschlossen worden, alle mit einem Einmonatsvisum ausgestatteten Ferienreisenden von jeder weiteren Meldepflicht zu befreien. Die Automobilisten haben in Zukunft nur noch die Aufgabe, ihr Autosteuerheft täglich mit einer Wertmarke von zehn Franken zu versehen. Beim Verlassen des Landes wird das Heft einer kurzen Kontrolle unterzogen und eventuell fehlende Steuermarken ohne jede Konsequenz nachgeliefert.

SPD. Die Ausführungen des nationalsozialistischen Fraktionsredners Dr. Feder in der Donnerstagsitzung des Reichstags boten im allgemeinen nichts, was besonderer Beachtung wert gewesen wäre. Seine konfusen wirtschafts- und finanzpolitischen Ideen sind bekannt, und dass er unter Verwendung eines gefälschten Zitats die Sozialdemokratie des Verrats am Vaterland bezichtigte, war auch nichts weiter, als eine Wiederholung der in zahlreichen nationalsozialistischen Volksversammlungen verwendeten Agitationslüge. Aber ein Satz aus der Rede des Herrn Feder verdient doch festgehalten und festgenagelt zu werden. Es ist der, in dem er sich gegen den Volksparteiler Dingeldey wandte und ihm den Rat gab, bevor er wieder über die nationalsozialistische Partei spreche, sich deren Literatur anzusehen, denn "Sie haben gar keine Ursache: uns irgendwie sozialistische Tendenzen zu unterstellen". Die sozialdemokratische Fraktion hat über dieses schöne Bekenntnis mit lebhaftem Beifall quittiert, und Herr Feder, der zu spät erkannte, dass seinem Munde eine Dummheit entflohen war, machte jetzt in seiner Verlegenheit eine Anleihe bei dem unseligen Reichskanzler Michaelis und sprach etwas von sozialistischen Tendenzen, wie die Sozialdemokratie sie auffasse.

Aber diese nachträgliche Korrektur bedeutet gar nichts. Das Wort ist gesprochen: die Nationalsozialisten lehnen sozialistische Tendenzen ab. Was jedem Vernünftigen klar war, dass nämlich diese Partei mit ihren sozialistischen Phrasen und Anträgen nur Stimmenfang bei der Arbeiterschaft treiben will, ist jetzt durch einen ihrer Führer ausdrücklich bestätigt worden. Damit sind die zahlreichen Reden und Artikel, in denen der Hitlerismus als eine Spielart und zwar die nationale Spielart des Sozialismus hingestellt wurde, widerlegt und abgetan. Man kann sich höchstens noch darüber wundern, dass die Partei in ihrer Bezeichnung noch das Wort "sozialistisch" beibehält.

Die deutschen Nachäffer des italienischen Faschismus gehen eben genau denselben Weg, den dieser gegangen ist. Im Jahre 1919 verkündete Mussolini in Mailand vor seinen Kampfverbänden ein Programm, das an Radikalismus nicht zu übertreffen war. Dort war von der Proklamation der Republik, der Abschaffung des Senats, des Adels und der Wehrpflicht die Rede. Dort wurde die Unterdrückung von Banken und Börsen, die Auslieferung des Landes an die Arbeiter, die Syndikalisierung des Verkehrs und der öffentlichen Dienste gefordert. Was dann der zur Macht gelangte Faschismus tat, war und ist das genaue Gegen-

teil von den in seiner Frühzeit aufgestellten Richtlinien. Der einzige Unterschied zwischen Mussolini und den Hitlerianern ist der, dass diese einen wichtigen, ja in den Augen vieler den wichtigsten Punkt ihres Programms in aller Öffentlichkeit preisgeben, noch ehe sie zur Herrschaft gekommen sind. Den Arbeitern und den proletarisierten Angehörigen des Mittelstandes, die in ihrer Verblendung und in ihrer Verzweiflung bisher der Hakenkreuzfahne gefolgt sind, soll das Wort des Herrn Feder immer wieder in die Ohren gerufen werden. Sie werden dann hoffentlich die abgründtiefte Heuchelei erkennen, die erst kürzlich wieder in einer Berliner Rede des Abgeordneten Goebbels zum Ausdruck kam, als er der Sozialdemokratie vorwarf, sie habe den Nationalismus und den Sozialismus verraten!

SPD. Paris, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Bank von Frankreich veröffentlicht zum Ende November einen Ausweis, in dem alle Konten zu Rekordziffern angeschwollen sind. Der Notenumlauf ist um 1,8 Milliarden auf 76 Milliarden Franken angestiegen. Gleichzeitig stieg der Wechselbestand um 1,5 Milliarden auf 8,9 Milliarden. Die gesamten Verbindlichkeiten des Instituts werden mit nicht weniger als 100 Milliarden ausgewiesen. Auch der Goldbestand hat wieder zugenommen, und zwar um 257 Millionen auf rund 52 Milliarden Franken. Der Devisenbestand ist um 200 Millionen auf rund 26 Milliarden Franken gestiegen. Die unerhörte Anschwellung aller Konten ist darauf zurückzuführen, dass die französischen Privatbanken wegen der Vertrauenskrise, die der Oustric-Krach hervorgerufen hatte, sich riesige flüssige Mittel beschaffen mussten. Sie waren gezwungen nicht nur direkt auf die Bank von Frankreich zurückzugreifen, sondern auch ihre Devisen zu verkaufen, die das Zentralnoteninstitut zum Teil aufnehmen musste, um allzu starke Goldabzüge von London zu verhindern.

SPD. Die am 2. und 3. Dezember in Prag geführten Verhandlungen über Erneuerung des deutsch-tschechoslowakischen Kohlenaustauschabkommens sind ergebnislos verlaufen. Ein tschechischer Antrag auf ein kurzfristiges Provisorium über den 1. Januar 1931 hinaus wurde von den deutschen Vertretern abgelehnt; jedoch erklärten sie sich zu weiteren Verhandlungen in Berlin bereit.

SPD. Köln, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht in Köln verurteilte am Donnerstag den 32 Jahre alten Arbeitslosen Anton Flink, der erst vor 14 Tagen in Trier wegen eines Strassenraubes 8 1/4 Jahre Zuchthaus erhielt, zu weiteren acht Jahren und drei Monaten Zuchthaus. Flink hatte am 18. September mit zwei Genossen am hellen Tage einen Ueberfall auf die Sparkasse in Porz bei Köln verübt, wo sie 8 160 Mark raubten. Bei der Verfolgung der Räuber in Düsseldorf wurde einer von ihnen erschossen. Gegen den dritten wird in den nächsten Tagen verhandelt werden.

SPD. Köln, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Bereich der Ortsverwaltung Köln des Gesamtverbandes sind nunmehr gekündigt die Tarife für das gesamte Transport- und Speditionsgewerbe, für die Hafenarbeiter, für die Zeitungsträgerinnen, für die Fuhrleute, Kraftfahrer und Lagerarbeiter des Nahrungs- und Genussmittelhandels, für den Horn-Grosshandel, den Textil-Grosshandel, den Sackhandel, für das Sägewerbe

und die Holzhandlungen, für die Wächter der Wach- und Schliessgesellschaften und für die Gemeindearbeiter und Strassenbahner der Stadt Köln, der Köln-Bonner Kleinbahnen und der Köln-Mühlheimer Kleinbahnen. Insgesamt werden 85 Prozent der Mitglieder des Gesamtverbandes von diesen Tarifikündigungen betroffen.

SPD. Köln, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Köln-Mühlheim wurde am Donnerstag vormittag ein 16 jähriger Lehrling, der 10 000 Mark Lohngehalter bei sich trug, von einem 21 jährigen Burschen vom Rad gestossen. Ehe der Räuber aber den Lehrling überwältigen konnte, wurde er von Strassenpassanten vertrieben und schliesslich festgenommen.

SPD, Koblenz, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Weissenturm bei Koblenz überfielen mehrere Kommunisten einen Stahlhelmer und verletzten ihn schwer. Ferner kam es am Donnerstag vormittag vor dem Arbeitsamt in Weissenturm zu Zusammenstössen zwischen Kommunisten und Stahlhelmern, die von der Polizei beendet wurden.

SPD. Aachen, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

In einer Sitzung des Zentralausschusses für die Opfer von Alsdorf teilte der Vorsitzende mit, dass insgesamt 860 475 Mark an Spenden eingegangen seien. Die Spenden von Reich, Preussen und vom Eschweiler Bergwerksverein sind darin nicht enthalten. Bis zum 3. Dezember wurden 72 704 Mark ausgegeben. Es wurde beschlossen, für eine Weihnachtsunterstützung der Opfer und Hinterbliebenen 70 000 Mark auszugeben. Weiter wurde ein Betrag abgezweigt für Einzel-Unglücksfälle seit dem 21. Oktober 1930 und für besondere Notlagen aus Unglücksfällen vor dem 21. Oktober. Für künftige tödliche Unglücksfälle wurde ein Betrag von 300 000 Mark festgesetzt. Zu Weihnachten erhält jede Witwe 150 Mark, jedes Kind unter 14 Jahren 40 Mark, Vollwaisen das doppelte, Angehörige, deren Haupternährer verunglückt ist, 150 Mark, Angehörige, die von dem Verunglückten unterstützt wurden, 100 Mark.

SPD. Der Verwaltungsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) hat sich am Donnerstag mit der Umstellung des Unternehmens beschäftigt. Es lag ein Interessengemeinschaftsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) vor. Dieser Vertrag läuft nicht auf eine sofortige Fusion hinaus, doch zielt er auf eine Verschmelzung hin. Nach dem Vertrag sollen 60 Millionen alte Aktien der VEW, die den Kommunen gehören, gegen 40 Millionen RWE-Aktien ausgetauscht werden. Die 60 bzw. 40 Millionen Aktien sind in den ersten 4 Jahren zu hinterlegen. Das RWE garantiert während dieser Zeit eine bestimmte Verzinsung. Für die 60 Millionen jungen VEW-Aktien, die zunächst von der Deutschen Bank übernommen worden sind, soll eine Verständigung zwischen der Deutschen Bank und den RWE gesucht werden. Weiter erzählt das RWE das Recht, die Betriebsführung der VEW-Werke zu übernehmen.

Nach diesem Vorschlag bleiben die VEW juristisch selbständig. In Wirklichkeit erfolgt aber die Abstossung an das RWE. Die versprochene Verzinsung ist das Lockmittel, mit dem man die Kommunen breitschlagen will. Bekanntlich liegen die finanziellen Verhältnisse bei den VEW so, dass sich eine Verzinsung der Aktien für die nächsten Jahre kaum erwarten lässt.

Im übrigen wird bekannt, dass die beiden Generaldirektoren Krone und Fischer (über deren Verfehlungen im Wirtschaftsteil des Soz. Pressedienst vom 3. Dezember ausführlich berichtet worden ist) mit sofortiger Wirkung ausscheiden. Die ganze Angelegenheit läuft nun darauf hinaus, dass die Kommunen die Zeche für eine schlechte Geschäftsführung bezahlen sollen.

SPD. London, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die grosse Delegiertenkonferenz des englischen Bergarbeiterverbandes lehnte am Donnerstag den schottischen Antrag auf einen allgemeinen Bergarbeiterstreik mit 230 000 gegen 209 000 Stimmen ab. Die Vertreter von 100 000 Organisierten, darunter Südwaales, enthielten sich der Stimme.

Dieses Ergebnis ist die Folge der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vorständen des Bergarbeiterverbandes. MacDonald und Shinwell waren es besonders, die sich in der Nacht zum Donnerstag in stundenlangen Besprechungen für einen zeitweiligen Ausgleich eingesetzt hatten, indem sie nicht nur auf die wirtschaftlichen Folgen eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks aufmerksam machte, sondern auch auf die unübersehbaren politischen Konsequenzen. Zum Schluss einigte sich der Vorstand mit der Regierung dahin, dass die Bergarbeiter für die nächsten drei Monate ohne Lohnkürzung einwilligen sollten, den $7\frac{1}{2}$ Stundentag in eine 45 stündige Arbeitswoche zu verwandeln. Dadurch soll gleichzeitig den Grubenbesitzern die Möglichkeit gegeben werden, die Grubenarbeit gemäss den Vorschlägen des neuen Gesetzes so zu reorganisieren, dass den Bergwerksbesitzern die Ausrede des durch den $7\frac{1}{2}$ Stundentag erwachsenden wirtschaftlichen Schadens genommen wird. Es war am Donnerstag vor allem der Bergarbeiterführer Cook, der die Delegierten beschwor, den Vorschlag der Regierung anzunehmen und in ein Kompromiss einzuwilligen umso mehr, da das neue Gesetz für den 1. Juli 1932 den Siebenstundentag vorschreibt. Nach langer und heftiger Debatte wurde dann der schottische Antrag abgelehnt. Acht Tage vorher hatte sich aber die Konferenz gegen die 45 Stundenwoche ausgesprochen. Sie hat am Donnerstag diesen Beschluss nicht aufgehoben und diese Frage zunächst zur nochmaligen Prüfung den einzelnen Distrikten überwiesen. Eine neue Delegiertenkonferenz wird am kommenden Donnerstag die Entscheidungen dieser Distrikte entgegennehmen und danach neu beschliessen. Durch die Ablehnung des allgemeinen Ausstandes ist auch der schottische Streit den Schottländern selbst überlassen, und es kann damit gerechnet werden, dass sie sich der einem allgemeinen Streik abholden Mehrheit der englischen Bergarbeiter fügen und die Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern aufnehmen werden. Das ist tragisch für die Schottländer, aber ihr Los ist nur ein Ausschnitt aus der tragischen Geschichte der englischen Bergarbeiterbewegung, über die noch ein besonderes Wort zu sagen sein wird.

SPD. Bombay, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Durch ein Erdbeben in der Provinz Burma, etwa 150 Meilen nördlich von Rangoon, wurden am Donnerstag 36 Personen getötet und etwa 120 verletzt. Der Sachschaden an zerstörten Häusern, Brücken, und Eisenbahnen ist beträchtlich.

SPD. Peking, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Dem englischen Kreuzer "Suffolk" ist es nach langen schweren Bemühungen gelungen, die 14 köpfige Besatzung des gestrandeten deutschen Dampfers "Helene" zu retten und an Bord zu nehmen. Drei Tage lang schwebten die deutschen Matrosen in der gefährlichen Lage. Ein zweites britisches Schiff musste untätig

zusehen. Erst als die "Suffolk" herbeikam und durch Oelmassen die hochgehende See geglättet hatte, war es möglich, die Rettungsboote auszusetzen. Der deutsche Dampfer musste seinem Schicksal überlassen werden.

SPD. München, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Bei der Antipolendemonstration der Münchener Studentenschaft, die am Donnerstag von der Universität und der Technischen Hochschule gemeinsam veranstaltet werden sollte, kam es infolge des würdelosen Verhaltens der Hakenkreuzstudenten und gleichgesinnter Professoren zu schweren Auseinandersetzungen und einem üblen Zerwürfnis zwischen den Rektoren der beiden Hochschulen, das nicht ohne Folge bleiben kann. Der rechtsradikale Studentenausschuss hatte als Redner den Professor Graf du Moulin Eckart bestimmt, der nicht mehr aktives Mitglied des Professorenkollegiums der Technischen Hochschule ist, sich aber seit Jahren um die politische Radikalisierung der Studentenschaft mit Erfolg eifrig bemüht hat. Der Rektor der Universität Professor Rehm befürchtete bei diesem Redner übertriebene Angriffe gegen die Reichsregierung und machte seinen Kollegen Vorstellungen, dies im Interesse einer einigen Front gegen Polen zu unterlassen. Graf du Moulin Eckart liess sich aber nicht darauf ein, verbat sich vielmehr die Einmischung und zog die Zusage seiner Rede zurück, als der Rektor auf Mässigung bestand. Die Nazistudenten, die davon erfahren hatten, revoltierten nun kurz vor der Kundgebung mit Flugblättern und einem Anschlag am schwarzen Brett, der neben scharfer Kritik an dem Vorgehen des Universitätsrektors die Aufforderung enthielt, nunmehr in der Technischen Hochschule zu demonstrieren. Der Anschlag enthielt ausdrücklich den Hinweis, dass der Rektor der Technischen Hochschule Professor Osanna dieses Vorgehen billige und es ausdrücklich wünsche. Tatsächlich verliess dann ein Teil der Studenten die Universität und zog zur Technischen Hochschule, wo vom Rektor der grösste Hörsaal für die Demonstration zur Verfügung gestellt war. Dort hielt dann Professor Graf du Moulin Eckart unter dem johlenden Beifall der Studenten und in Anwesenheit des Rektors und zahlreicher Professoren seine ausfallende Rede gegen die Reichsregierung, die er als mitschuldig an den polnischen Uebergriffen in Oberschlesien bezeichnete. Der Nazidirektor Osanna, der aus Südtirol stammt, und in weiteren Kreisen schon vor Jahren dadurch bekannt wurde, dass er einer wüsten Hetze gegen Stresemann Vorschub leistete, hält es also mit den Pflichten seines Amtes für vereinbar, die Anordnungen des Rektors der Universität demonstrativ zu durchkreuzen und die Räume seiner Hochschule einer hetzerischen Kundgebung gegen die Reichsregierung zur Verfügung zu stellen! Es ist höchste Zeit, dass dem schamlosen Missbrauche der sogenannten akademischen Freiheit endlich mit allen Mitteln entgegen getreten wird.

SPD. Paris, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett Tardieu, das seit einer Woche einen verzweifelten Kampf um seine Existenz führt, ist heute abend im Senat gestürzt worden. In der Abstimmung wurde die von der demokratischen Linken eingebrachte einfache Tagesordnung, gegen die Tardieu die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 147 gegen 139 Stimmen angenommen. Die Regierung ist danach mit 8 Stimmen in der Minderheit geblieben. Unmittelbar nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses hat sich Tardieu an der Spitze seiner Mitarbeiter ins Elysee begeben, um dem Präsidenten der Republik seine Demission zu überreichen.

SPD. London, 4. Dezember (Eig. Drahtb.)

Unter grosser Spannung wurde am Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss über die englische Luftschiffkatastrophe das Gutachten Dr. Ekeners entgegen-
genommen. Der deutsche Luftschiffkapitän liess seine schriftlich niedergeleg-
ten Ansichten über den Untergang von "R.101" verlesen. Nachdem Eckener alle
Einzelheiten der für die englische Luftschiffahrt so tragischen Nacht einge-
hend dargelegt hatte, erklärte er zum Schluss: "R.101" hatte bereits bei
der Abfahrt Uebergewicht, das infolge des Regens noch um 3 bis 4 Tonnen ver-
mehrt worden war. Zu allem Unglück wurde noch an der Schiffsnase ein Gas-
ballon undicht, sodass "R.101" die wagrechte Haltung verlor und die Spitze
nach unten trieb. Heftiger Sturm drückte die Stirnseite des Luftschiffes
noch mehr abwärts, sodass das entwichene Gas das ganze Schiff durchfluten
konnte. Durch Balastabgabe wurde "R.101" dann wieder in eine wagrechte Lage
gebracht. Dies war aber jetzt das Unglücklichste. Denn inzwischen war so viel
Gas im Vorderteil entwichen, dass in dem Augenblick, als die wagrechte Hal-
tung wieder eingenommen war, die viel zu schwer gewordene Nase wiederum
heftig nach unten stiess und diesmal aufprallte. Der Sturz war so schnell,
dass die Maschinen immer noch mit vier bis fünf Meilen Geschwindigkeit lie-
fen. Der Aufprall verursachte einen Kurzschluss in der elektrischen Leitung
und setzte im gleichen Augenblick das gesamte Schiff in Brand. Wäre "R.101"
mit Helium gefüllt gewesen, so hätte nach der Ansicht Dr. Ekeners der Brand
vermieden werden können.

Das ist in grossen Zügen das Gutachten des deutschen Luftschiffkapitäns.
Es ist auf der in den früheren Verhandlungen festgestellten Tatsache aufgebaut,
dass ein Gasbehälter undicht war und dies bereits beim Abflug in London. Das
ist aber auch in Wahrheit der Anfang der Katastrophe gewesen und der nach
Eckener vernommene englische Sachverständige und Luftschiffkapitän Booth war
hierüber der Ansicht, dass das Schiff aus politischen Prestigegründen vorzeitig
und ungenügend vorbereitet zum Indienflug getrieben worden sei.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 4. Dez. (Eig. Bericht.)

Noch immer sichern umfassende polizeiliche Schutzmassnahmen den Reichstag. Der Fussgängerverkehr wird weit um das Reichstagsgebäude abgeleitet. Drinnen ging es aber auch am zweiten Tage der Beratung des Reichshaushalts und der Notverordnungen sowie der Misstrauensanträge recht ruhig zu. Freilich nur äusserlich. Die Wogen um das Kabinett Brüning steigen immer höher. Während der Sitzung wurde der Misstrauensantrag der Wirtschaftspartei verteilt. Später sagte auch der Landvolkfürher Dr. Gereke der Reichsregierung Kampf an, lehnte die Notverordnungen ab und forderte eine Regierung der nationalen Befreiung. Das bedeutet in der Sprache dieser Herren die Sehnsucht nach nationalsozialistischen Ministern. Die nationalsozialistische Fraktion selbst versucht durch höchste Entwicklung von Artigkeit sich des Zutritts zum bürgerlichen Reichskabinett würdig zu erweisen. Heute schwor der nationalsozialistische Abgeordnete Feder, der sich bekanntlich als ökonomischer Theoretiker seiner Partei ausgibt, von der Reichstagstribüne nicht nur den Sozialismus, sondern auch jegliche sozialistische Tendenzen ab. Er wandte sich mit dieser Feststellung insbesondere gegen den volksparteilichen Abgeordneten Dingeldey, um der Partei des Hochkapitalismus klarzumachen, dass die bei den Nationalsozialisten angelegten Unternehmergelder durchaus gut verwendet seien.

Die Sozialdemokratie liess durch den Abgeordneten Wilhelm Keil ihren Standpunkt begründen, der dahin geht, dass unsere Partei ihren Weg verfolgt ohne Rücksicht auf taktische Wendungen und Strömungen. Die Sozialdemokratie fühlt sich den Massen des Volkes verpflichtet und dient ihnen ohne jede anderen Erwägungen. Keil ging davon aus, dass die Kriegsrechnung allein uns mit 150 bis 200 Milliarden belastet habe. Damit müsse jede Regierung rechnen. Keil übte dann sachliche und durchschlagende Kritik am Haushalt und an Einzelheiten der Notverordnungen. Er rügte, dass rund die Hälfte der 1,3 Milliarden Senkung im Reichshaushalt auf soziale Zwecke komme, also die Opfer der kapitalistischen Anarchie schädige. Die Arbeitslosigkeit sei kein versicherungs-, sondern staatspolitisches Problem ersten Ranges. Leider fehle es noch immer an Sparsamkeit bei der Reichswehr. Mit Genugtuung verwies Keil darauf, dass es der Sozialdemokratie gelungen sei, die Reichsregierung Brüning von ihrem ursprünglichen Standpunkt abzudrängen, der jede Veränderung der Notverordnungen verweigert habe. Als Keil darauf verweist, dass auch die Kommunisten wie alle anderen Parteien den sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen der Notverordnungen im Haushaltsausschuss zugestimmt haben, widersprach die kommunistische Reichstagsfraktion unter Führung des Abgeordneten Dr. Neubauer erregt. Am Schlusse der Sitzung musste aber Neubauer in einer persönlichen Bemerkung zugestehen, dass er sich geirrt hat. Der Hinweis Keils besteht zu Recht. Es soll anerkannt werden, dass zum ersten Male ein kommunistischer Abgeordneter den kollegialen Mut hatte, in öffentlicher Sitzung einem Sozialdemokraten ein Unrecht abzubitten.

Keil wies nach, dass gar nichts erreicht worden sei, wenn die Sozialdemokratie die rein negative Taktik der Nationalsozialisten und der Kommunisten verfolgt hätte. So seien wenigstens einige Verbesserungen in der Krankenversicherung, in der Erwerbslosenversicherung und bei der Bürgersteuer erreicht worden. Mit grossen Bedenken sprach Keil von der Tabaksteuer, die zahlreiche Existenzen bedrohe. Ebenso unerfreulich sei die Benutzung von Mitteln der Hauszinssteuer zur Senkung von Realsteuern. Dadurch werde die Wirtschaft gehemmt statt angekurbelt. Auch der Heraufsetzung des Futtermittelzolls widersprach Keil mit scharfen Worten. Die Sozialdemokratie vertrete die Auffassung, dass die Notverordnungen keineswegs unabänderlich seien, und sie werde auf Verbesserung ständig hinwirken. Von einem Tod der Demokratie solle man nicht sprechen. - Im Jahre 1923 habe das Parlament durch 2 Ermächtigungsgesetze weitgehende

Befugnisse an die Regierung abgetreten und sich dann sehr bald seine volle Souveränität wieder geholt. So werde es auch jetzt wieder kommen. Die Sozialdemokratie werde in ihrem Kampfe gegen das kapitalistische System nicht nachlassen, lehne aber Bürgerkrieg und andere gewaltsame Erschütterungen, die nur zum Unheil der Massen ausschlagen müssten, entsprechend der ganzen Geschichte ihrer Partei ab.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Feder ist einer der langweiligsten Redner des Hauses und bewahrte seinen Ruf auch diesmal. Im Fälschen und Verdrehen von Zitaten ist er freilich jedem seiner Fraktionskollegen gewachsen. Für ihn gibt es keinen verlorenen Krieg. Wenn wir nicht hundertprozentig gesiegt haben, so sind selbstverständlich die Marxisten daran schuld, die während des Krieges nichts anderes getan haben, als die Niederlage Deutschlands herbeizuführen und das Volk mit ungezählten Milliarden Kriegsschädigungen zu belasten. Die ganze Litanei der nationalsozialistischen Agitation von Novemberverbrechen trug Herr Feder dem bald ermüdeten Hause vor. Die ganze Galerie der nationalsozialistischen Heimkrieger von Goebbels, Frick und anderen freilich unterstützten den Kriegsdienstverweigerer Feder mit schauspielerischem Beifall. Sensation gab es, als Feder in wiederholten Wendungen jegliche sozialistischen Tendenzen für seine Partei ablehnte. Am Schlusse der Sitzung, als ihn seine Freunde aufmerksam gemacht hatten, wie notwendig die sozialistischen Schlagworte für die Agitation seien, suchte er seine Rede im Sinne des bekannten Kanzlerwortes von Michaelis auszulegen: "Wie ich sie auffasse." Das Haus schüttelte sich minutenlang vor Lachen und rief: "Talmudistik und jüdischer Dreh!", als Feder darzulegen versuchte, dass er und seine Parteigenossen trotzdem Sozialisten seien, wenn sie auch jegliche sozialistische Tendenzen ablehnten. Es ist eben ein Sozialismus ganz eigener Art, der sich von Kapitalisten finanzieren lässt. Widerlich wurde der Auftritt, als Feder zum Schlusse seiner Rede anfang zu frömmeln und Jesus Christus gegen das Zentrum ins Feld führte. Der Zentrumsabgeordnete Ersing ironisierte seinen nationalsozialistischen Vorredner. Vor einigen Tagen erst habe die nationalsozialistische Presse die Deutschen nationalen als stinkenden Misthaufen bezeichnet und heute habe Feder bei diesem stinkenden Misthaufen sich anzubiedern versucht. Wo bleibe da die klare Front der Nationalsozialisten? Für die Kommunisten leistete sich der Fraktionsführer Stoecker eine Unterstützungsoffensive zugunsten der Nationalsozialisten. Noch immer steht für ihn der Feind bei der Sozialdemokratie, die er Sozialfaschisten nennt und nicht etwa bei den Nationalsozialisten. Der deutschnationale Abgeordnete Bang gab sich die erdenklichste Mühe, um nachzuweisen, dass Dr. Brüning ein Gefangener der Sozialdemokratischen Partei sei. Die Notverordnungen strotzten vor Liebesgaben an die SPD. Das sei bei der Abschwächung der Bürgersteuer zu merken, für die Bang ausdrücklich die Vaterschaft in Anspruch nahm. Ferner zeige die Notverordnung bei der Erwerbslosenversicherung und bei der Krankenversicherung den starken Einfluss der Sozialdemokratie. Er ziehe neidlos den Hut vor der sozialdemokratischen Taktik, die den Kanzler bezwungen habe, ohne selbst Verantwortung zu tragen. Im selben Geiste sprach der Landvolkführer Gereke. Auch er sieht die Reichsregierung in voller Abhängigkeit von der Sozialdemokratie und fordert deshalb den Regierungssturz. Besonders unzufrieden äusserte er sich mit Curtius, mit Wirth und Dr. Dietrich. Nach einigen recht belanglosen Bemerkungen des Staatsparteilers Adolph wurde die Debatte vertagt. Ein kleines Zwischenspiel verdient noch bemerkt zu werden. Während der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Feder wurde aus den Reihen seiner Fraktion dem kommunistischen Abgeordneten Dr. Neubauer, der Philologe ist, zugerufen, dass Neubauer noch jährlich 8000 Mark Wartegeld vom Freistaat Thüringen beziehe. Neubauer hat diesen Vorwurf nicht zurückgewiesen. Demnach scheint es richtig zu sein, dass dieser Weltrevolutionär und Eiferer gegen hohe Gehälter und hohe Pensionen sich selbst recht gut zu versorgen weiss. 8000 Mark seit Jahr und Tag für vollendetes Nichtstun ist wirklich eine Sinekure ersten Ranges. - Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Bankerottsherzog.

SPD. Der Exherzog Ernst von Sachsen-Altenburg gehört zu jenen thüringischen Fürsten, die das von Natur aus arme Land Thüringen nach der Revolution mit Hilfe von Gerichten und Schiedsgerichten und bürgerlichen Landtagsmehrheiten ausgebeutet haben. Er hat eine sehr grosse Abfindung erhalten, die er sehr bald durchgebracht hat. Dann kam er mit Nachforderungen und als er dank seiner wahnsinnigen Verschwendung auch diese durchgebracht hatte, wollte er abermals auf Kosten des Landes saniert werden.

Sein Vertrauen zu republikanischen Gerichten und zu der Servilität des Spiessbürgertums ging jedoch zu weit, so dass er nunmehr vollständig bankerott ist und von kärglichen Unterstützungen seiner Verwandten lebt. Zum standesgemässen Auftreten, das er vorzüglich verstand, hat er keine Mittel mehr. Er ist deshalb bescheiden geworden und aus dem Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg ist ein Ernst von Rieseneck geworden. Der Herr von Rieseneck, der entherzogen worden ist, darf nunmehr ungehemmt vom Herzogstitel Almosen entgegennehmen.

Eine reizende Zusammenstellung.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Reventlow hat das Stenogramm seiner Reichstagsrede, in der er scharf gegen die katholische Kirche polemisierte, so korrigiert, dass der Sinn seiner Ausführungen vollständig verändert worden ist. Hätte ein anderer diese Korrektur vorgenommen, so würde man sagen, er habe die Worte des Redners gefälscht.

Aber wozu die Korrektur? Fast in jeder Ausgabe des "Reichswart" des Herrn Reventlow liest man viel schönere Sätze gegen die katholische Kirche als sie Herr Reventlow im Reichstag vorgebracht hat. In Nr. 48 des "Reichswart" schreibt ein gewisser Bernhard Kummer:

"Wer zweifelt, dass täglich weit mehr als sieben blaublunde Menschen durch die planmässige Infektion asiatischer Trieb- und ultramontaner Gesinnungsverwirrung dem nordischen Lebensstrom entzogen werden? Sucht die nordische Bewegung nicht Massnahmen gegen diese Angriffe, so züchtet sie blaublunde Leiber für Schnapsbrenner, Bordelle, Klöster und Kreuzzüge."

Wer Schnapsbrenner, Bordelle, Klöster und Kreuzzüge gleichsetzt, der brauchte wirklich nicht die bekannte Korrektur in der Reichstagsrede des Herrn Reventlow vorzunehmen!

Der Patentarier.

Arnolt Bronnen, der zu den Nationalsozialisten und Fememördern hinübergewechselt ist, behauptet öffentlich, er sei Deutscher im rassischen, nicht nur im staatsbürgerlichen Sinne. Er fühlt sich als Patentarier, in Deutschtum und Geburt Herrn Goebbels ebenbürtig. Der Vater dieses Patentariers ist der Wiener Gymnasialprofessor Dr. phil. Ferdinand Bronner, der am 15. Oktober 1867 als Sohn jüdischer, streng orthodoxer Eltern in dem galizischen Städtchen Oswiecim, Kreis Krakau, geboren wurde. Ferdinand Bronner ist am 10. Dezember 1886 zum Katholizismus übergetreten. Aber Herr Arnolt Bronnen ist ein Patentarier!

Der Hakenkreuzstudent.

An der Universität München wurde unlängst ein nationalsozialistischer Kandidat der Rechte verhaftet, weil er die Mäntel seiner Kommilitonen in der Garderobe der Universität durchsuchte und daraus Geld stahl.

Dieser Student, der 27 Jahre alte Xaver Dremel stand nun wegen dieses Deliktes vor dem Richter. Hier wurde ein ausserordentlich lehrreiches Charakterbild von ihm entworfen. Er liebte ein flottes Studentenleben, sein Hauptberuf war die Agitation für die Nationalsozialisten. Sein Studium rückte nicht vorwärts. Der Richter verlas einige Briefe der Mutter des Hakenkreuzstudenten, in denen es u. a. hiess: "Bin ich Dein Hund, dass Du nur Schulden machst?" Die Mutter mahnte ihn, zu studieren und von seinen Weibergeschichten zu lassen. Der wackere Hakenkreuzstudent hatte eine besondere Methode, sich auf Kosten seiner Mutter Geld zu verschaffen. Er kaufte Bücher zum Werte von über 100 Mark, liess die Rechnung seiner Mutter zugehen und verramschte die neu gekauften Bücher sofort, um zu Geld zu kommen. Zu allem Ueberfluss schwebt gegen ihn noch ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

In diesem Bilde fehlt auch nicht ein Zug! So sieht ein Hitleragitator aus!

Sie können auch demütig sein.

Ein Münchener Hakenkreuzler hatte im Wahlkampf gröbliche Beleidigungen gegen den Münchener Kardinal Faulhaber verbreitet. Als es zum Beleidigungsprozess kam, schloss der Hakenkreuzler den folgenden Vergleich:

1. Herr H. erklärt, er bitte den Herrn Kardinal Faulhaber um Verzeihung wegen der im September 1930 in Pforzheim über Kardinal Faulhaber gebrauchten Äusserungen, deren Inhalt in unsinniger und ungezogener Weise vollständig aus der Luft gegriffen waren.

2. Herr H. verpflichtet sich als Sühne für die ungezogene Bemerkung und als Zeichen seiner Reue 100 Mark zur Unterstützung von Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen und sämtliche Kosten zu tragen.

Erst das Maul voll Verleumdungen, dann das Gewinsel um Verzeihung, das Geständnis der Lüge und der Reue - ein echter Hakenkreuzler!

Ihre Methode.

Zu den patentnationalen Leuten gehört Herr Bacmeister, früher Verlagsdirektor der Bergisch-Märkischen Zeitung. Gemeinsam mit dem Kreis um Hugenberg hat er seinerzeit die schmutzigsten Verleumdungsfeldzüge gegen den Reichspräsidenten Ebert und die Sozialdemokratie geführt. Ueber die Verleumdermethoden dieser patentnationalen Klique erzählt der "Jungdeutsche" eine lehrreiche Geschichte. Herr Bacmeister führte eines Tages mit einem aussenpolitischen Mitarbeiter das folgende Gespräch:

"Sagen Sie mal, Sie kennen doch den Dr. Simons von Versailles her?"

"Jawohl, ich habe ihn dort wochenlang am Werke gesehen."

"Können Sie dann jetzt nicht in unseren Zeitungen sagen, Simons habe schon damals in Versailles mies gemacht und den Grafen Brockdorf-Rantzau zur Annahme der Friedensbedingungen gedrängt?"

"Nein, das kann ich auf keinen Fall sagen, denn Herr Dr. Simons hat, wie mir Brockdorf-Rantzau selbst erklärte, von der Annahme der Friedensbedingungen abgeraten."

"Donnerwetter, das ist ja dumm, aber schliesslich können wir es doch behaupten."

"Ich sagte Ihnen schon, dass ich das nicht sagen kann, weil es der Wahrheit widerspricht, und angenommen ich würde es tun, dann würde mich Herr Dr. Simons sofort verklagen." - - "Ach, wenn weiter nichts ist, dann behaupten Sie es: nur ruhig und lassen Sie Simons klagen. Wir schleppen es dann durch alle Instanzen und bis Sie schliesslich verknackt werden, haben wir mit der Behauptung schon arbeiten können." - - Das ist die Methode der sogenannten nationalen Leute. Sie wurden angewandt zur Zeit als diese Geschichte spielte und sie ist auch heute wieder im Schwange.

Aus aller Welt

Freispruch der "Gotteslästerer!"

Landgerichtsdirektor Siegert gegen das Reichsgericht - Der Staatsanwalt verlangte abermals Bestrafung - Eine überlegene und überlegte Urteilsbegründung.

SPD. "Ich wünschte nur, dass alle Kritiker von George Grosz auf der kirchlichen Seite so sehr in den Geist des Evangeliums eingedrungen wären, wie dieser Künstler." Aus dem Plädoyer Rechtsanwal Dr. Apfels.

Landgerichtsdirektor Siegert in Berlin hat den Zeichner George Grosz und den Verleger Wieland Herzfelde abermals von der Anklage der Gotteslästerung (Verstoss gegen Paragraph 166 des Str.G.B.) freigesprochen und damit ein Urteil gefällt, das in der gesamten geistigen Welt das grösste Aufsehen erregen wird; der Staatsanwalt hat schon jetzt Berufung eingelegt. Wie bekannt, hat Landgerichtsdirektor Siegert die beiden Angeklagten wegen der inkriminierten drei Grosz'schen Zeichnungen aus der Mappe "Hintergrund" schon einmal, entgegen dem Antrage des Staatsanwaltes und entgegen einem früheren Schöffengerichtsurteil, straffrei ausgehen lassen. An diesem aufsehenerregenden Urteil hat aber das Reichsgericht Anstoss genommen. Mit der, zum Teil der eigenen früheren Rechtsprechung widersprechenden Feststellung, dass nicht der subjektive Wille des Künstlers, sondern die möglich beleidigende Wirkung eines Kunstwerkes bereits den Tatbestand der Gotteslästerung zu schaffen vermöge, verwies das Reichsgericht den Fall zur nochmaligen Verhandlung an die Berliner Strafkammer des Landgerichtsdirektor Siegert zurück. Erklärlicherweise wollte Siegert nicht Richter in eigener Sache, nicht Richter über eigene Rechtsprechung sein. Unter Berufung darauf, dass er sich naturgemäss befangen fühlte, bat er um Ueberweisung der Angelegenheit an eine andere Strafkammer. Aber das Reichsgericht wollte seinen Triumph haben und erklärte Herrn Siegert, dass es die Berechtigung der Einwendung nicht anerkenne. Siegert musste Richter über sich selbst sein.

Der ausgezeichnete Jurist - vielleicht der beste, der zurzeit in Berlin amtiert - hat sich nicht dem Willen des Reichsgerichts gebeugt. Er hat nicht um der Karriere willen widerrufen. Er hat, abermals gegen den Antrag des Staatsanwalts, der die Angeklagten mit je 1000 Mark Geldstrafe bestrafen wollte, freigesprochen. Und das Recht hat gesiegt.

Die mündliche Urteilsbegründung war nur kurz. Landgerichtsdirektor Siegert betonte, dass dem Künstler die ethische Absicht seines Schaffens zu glauben sei. Die beiden Bilder, in denen in verschiedener Weise Pfarrer karrikiert werden, sollen nach der Meinung des Gerichts nicht allgemein eine Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen darstellen, sondern nur jenes falsche Priestertum geisseln, das sein Amt missbraucht hat, indem es zum Kriege hetzte. ("Der Krieg war doch schon da - wie kann man denn im Kriege zum Kriege hetzen?" sagte mit geradezu klassischem Sophismus ein Vertreter der katholischen Geistlichkeit, Professor Wagner aus Breslau in seinem Sachverständigengutachten, dem allerdings in einem weiteren Gutachten ein Redakteur der katholischen, radikal-pazifistischen "Rheinisch-Mainischen Volkszeitung", der sich zu Grosz, seinem Schaffen und seiner Tendenz bekannte, widersprach.) Ueber das Bild "Christus mit der Gasmasken" sagte Landgerichtsdirektor Siegert, dass die Unterschrift "Maul halten und weiterdienen" doch wohl so zu verstehen sei, dass es sich um an Jasus gerichtete Worte handele. Das Bild solle sicher den Gedanken darstellen, dass

Christus, wenn er heute auf die Erde zurückkäme, nach der Ueberzeugung des Künstlers abermals ans Kreuz geschlagen werden würde. Und nun kommt in der Urteilsbegründung etwas sehr Wesentliches: Es ist, was ja auch das Reichsgericht betont, durchaus möglich, dass ein gläubiger Christ zwar nicht durch die tendenziöse Absicht des Künstlers an sich, aber doch durch das Bild verletzt werden kann. Aber eine Beschimpfung der Kirche und kirchlicher Einrichtungen dürfte Grosz vermutlich nicht beabsichtigt haben. Er wollte gegen den Krieg eifern und tat dies mit den Mitteln, die ihm als Künstler zur Verfügung stehen. Man könne also nicht sagen, dass ihn eine subjektive Schuld treffe.

An dieser Urteilsbegründung ist bemerkenswert, dass sich das Gericht des Herrn Siegert nicht den engherzigen, alle Denunzianten herausfordernden Standpunkt des Reichsgerichts zu eigen gemacht hat, sondern den freiheitlicheren des als juristischen Sachverständigen vernommenen Geheimrat Kahl, der als prominentes Mitglied der Deutschen Volkspartei gewiss nichts mit einem Radikal-Pazifisten und Radikal-Religiösen wie George Grosz gemeinsam hat, aber dennoch der Ueberzeugung ist, dass ein Gefühl als solches eben überhaupt garnicht geschützt werden kann.

Herr Siegert gab zwar zu, dass ein gläubiger Christ durch das Bild verletzt werden könne. Dass er trotzdem die Möglichkeit dieser Verletzung nicht zum Anlass einer Verurteilung der Angeklagten nahm, lag sicher nicht nur daran, dass er den ersten ethischen Willen des Künstlers bejahte, sondern auch daran, dass er sich bewusst war, dass die Schwierigkeit bereits bei der nächsten Frage beginnt: Was ist eigentlich ein gläubiger Christ? Ist denn das Christentum mit der Kirche die sich so oft und eben all zu oft wider den Geist des Gekreuzigten versündigte, absolut identisch? Behaupten nicht gerade jene in einem heiligen Zorn eifernden Leute wie George Grosz, dass sie, die sie den Krieg als unchristlich und anti-religiös bekämpfen, die wahren Religions-Sehnsüchtigen sind. Sind es nicht sogar katholische Kreise Süddeutschlands, gewiss ehrliche Christen, gewesen, die gesagt haben, dass ihnen gerade diese Bilder von George Grosz zum Erlebnis wurden, weil sie genau empfanden, dass dieser ausgezeichnete Künstler nicht etwa das Christentum an sich, sondern nur falsche Priester geisseln wollte? War es nicht von jeher und schon in ältester Zeit so gewesen, dass die Anklage gegen den Missbrauch der Kirche nicht aus eigentlichen Kirchenkreisen selbst, sondern von ausserhalb kam? Es war fast ein Moment von historischer Grösse, als der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Apfel, den Vertreter der katholischen Kirche, Herrn Prof. Wagner, fragte: "Warum ist denn Christus zum Tode verurteilt worden?" und der Geistliche antwortete: "Weil er den Priestern vorwarf, dass sie das wahre Wort Gottes missbrauchten".

Landgerichtsdirektor Siegert ist ein kluger Mann und im Gegensatz zu vielen anderen seiner Berufsgenossen noch nicht verknöchert und versteinert, sondern befähigt, die Stimme der Zeit zu hören. Er weiss, dass sich das Christentum zurzeit in einer Krise befindet - in einer Krise, die eben nicht zuletzt durch die Haltung der Kirche während des Krieges heraufbeschworen worden ist. Herr Siegert weiss das, und weil er ein rechtlich denkender Mensch ist, gibt er sich nicht dazu her, die Geisselung der Vertreter des falschen Christentums für eine Beschimpfung des wahren Christentums zu halten. Er gibt sich nicht dazu her, obschon ihm Staatsanwaltschaftsrat Stehnic in seinem Plädoyer einreden möchte, dass Grosz "Christus zu einem Mittel der Antikriegspropaganda degradiert habe" - eine Sache, die der Herr Staatsanwalt offenbar als sehr unsittlich und unreligiös empfindet. Er gibt sich nicht dazu her, obschon ihm der Staatsanwalt die wunderbare Redeblüte unter die Nase hält: "Weshalb soll man an Dingen drehen, an denen man nicht mehr rütteln kann?" Er gibt sich nicht dazu her, obschon ihm das Reichsgericht eine solche "Sünde wider den heiligen Geist" nahe gelegt hat. Er gibt sich nicht dazu her, weil er ein Charakter ist.

Mit Freuden bekennen wir: das Konzil von Noabit bedeutet einen Lichtblick in der neueren deutschen Rechtsgeschichte. Man kann "drehen", man kann "rütteln", und die Welt, sie bewegt sich doch - trotz alledem!

Ego.

+ + +

Unruhiges Berlin.

Rechts und links der politischen Vernunft - Politischer Streifzug durch die Strassen der Stadt.

SPD. Berlin stand am Donnerstag im Zeichen der Drahtziehereien radikaler Unruhestifter. Nazis und Kozis eiferten im traulichen Verein, um der Polizei Arbeit zu geben. Vor allen Dingen sind die Kommunisten im Hetzen und Aufwiegen besonders rührig, da sie anscheinend befürchten, dass ihnen die Nationalsozialisten an sogenannter "revolutionärer Aktivität" den Rang ablaufen.

Allerdings wurden die schönen Projekte, Krawalle vor dem Reichstag zu inszenieren, durch die radikale Absperrung, durch die die Polizei die Bannmeile sicherte, zu Wasser. Versuche, kleine "fliegende" Nazidemonstrationen zu veranstalten, wurden sogleich im Keime erstickt.

Anders jedoch ging es nach einer Erwerbslosenkundgebung der Kommunisten zu, die im Zirkus Busch stattfand und in der die moskaugläubigen Agitatoren in hemmungsloser Weise gegen die Sozialdemokraten und weit weniger gegen die Regierung Brüning polemisierten. Nach der Versammlung formierte sich ein Zug von einigen tausend Personen, die zum Bülowplatz marschierten, wo sich das kommunistische Karl Liebknechthaus befindet. Als die Demonstranten hetzerische Lieder, u.a. das berühmte Schupolied mit dem Text: "Der Schupo hat dein Kind erschossen-" sowie das rote Frontkämpferlied sangen, ging die Polizei dazu über, diesen Teil des Zuges aufzulösen, wobei ihr heftiger Widerstand entgegen gesetzt wurde. Die systematisch verhetzte Menge, unter der sich eine grosse Anzahl jugendlicher befanden, brach in ein wüstes Johlen und Pfeifen aus und begann die Beamten mit Steinen zu bewerfen. Nun wurde der Bülowplatz mit dem Gumniknüttel geräumt, wobei es zu erheblichen Zusammenstössen kam. Die Krakeeler sammelten sich am Pappelplatz und gingen wieder gegen die Polizei vor, wobei Pflastersteine und auch Kohlenstücke den kommunistischen Krakeelern als politische Kampfmittel dienten. Mehrere Beamte wurden durch Steinwürfe getroffen. Auch in der Akkerstrasse und in den angrenzenden Bezirken inszenierten die Aufgewiegelten Unruhen und begrüßten die Beamten, als sie die Strassen räumten, mit den Rufen "Bluthunde, Schweine!"

In der Potsdamerstrasse kam es am Abend in der Nähe des Sporpalastes, in dem eine Goebbel'sche Hetzversammlung stattfand, zu Pöbeleien von Nazis gegen jüdisch aussehende Passanten. Es wurden auch hektographierte Handzettel verteilt auf denen anonyme Drahtzieher, deren politische Heimat allerdings sehr leicht zu erraten ist, die Parole ausgaben, zum Nollendorfplatz zu ziehen und die Premiere des von den Nationalsozialisten wütend befehdeten Kriegsfilms "Im Westen nichts Neues" im Mozartsaal zu sprengen. Bekanntlich hat Herr Hugenberg unter dem Einfluss der unglaublichen Hetze, die das Goebbel's-Blatt, der "Angriff", schon seit Tagen gegen diesen Film betreibt, mit einer Verbeugung vor den Nazis durch einen Landtagsantrag das Verbot des Films gefordert.

Auch Neukölln war in den Abendstunden in Unruhe, da ausgerechnet in der Hasenheide, also mitten im proletarischen Viertel, Herr Hitler vor den nationalsozialistischen Bourgeoisstudenten sprach. Nazis hatten das Gerücht ausgestreut, dass die reaktionären Studenten im Anschluss an die Kundgebung durch die Strassen Neuköllns demonstrieren wollten und so die fast 100prozentig republikanische Bevölkerung des Arbeiterstadtteils in Erregung versetzt.

Die Berliner Kommunisten arbeiten ganz offensichtlich auf direkte Anweisung ihres ZK, indem sie ihre Anhänger tagtäglich auf die Strasse hetzen. So, haben sie für Freitag etwa fünfzehn Strassendemonstrationen in Berlin angesetzt,

die sie allerdings mit dem durchaus irreführenden Signum "Kampf dem Faschismus" bezeichnet haben. In Wahrheit gilt diese Aktion, die durchaus im Stil der Hamburger, Leipziger und Chemnitzer Blutprovokationen der KPD liegt, dem übelsten eigenen Parteigeschäft und der verbrecherischen Hetze gegen die demokratische Republik. Das Parteisüppchen verlangt wieder einmal "Märtyrer". Und so etwas wagt sich "Arbeiterpartei" zu nennen! -

+ + +

Dynamitkatastrophe in Südamerika. Durch die Explosion eines mit Dynamit geladenen Güterwagens wurden in Novo da Cunha 36 Personen getötet und eine größere Anzahl von Menschen verletzt. Drei Häuser sind vollkommen zerstört worden.

+ + +

Eckener über die "R 101"-Katastrophe. Am Donnerstag wurde vor dem Londoner Untersuchungsgericht, das sich mit der Katastrophe des Luftschiffes "R 101" beschäftigte, Dr. Hugo Eckener als Sachverständiger vernommen. Eckener meinte, dass nicht nur Undichtigkeiten in einem oder in mehreren der Gasbehälter zur Katastrophe geführt haben werden, sondern auch andere Umstände. Es sei durchaus möglich, dass es deshalb zur Katastrophe gekommen wäre, weil gerade um 2,10 Uhr morgens, in jenem kritischen Moment, als sich das Luftschiff nach unten neigte, Schichtwechsel stattgefunden habe. Möglicherweise habe es da bei der Steuerung an der notwendigen Aufmerksamkeit gefehlt. Als sich das Luftschiff einige Sekunden später wieder horizontal aufrichtete, wird sich nach Eckeners Meinung der Kommandant vermutlich der Gefahr bewusst gewesen sein, denn er liess Brennstoff als Ballast abwerfen, was bekanntlich das letzte Gewaltmittel eines Luftschiffkommandanten zur Vermeidung einer Katastrophe ist. Der Befehl des Kommandanten, die Maschinen abzustoppen, sei gutzuheissen. Das Feuer wäre vermutlich durch Kurzschluss ausgebrochen.

+ + +

Neuer Dujardin-Prozess? In Insterburg hat ein Privatdetektiv gegen die Witwe des vor 16 Jahren ermordeten Landwirts Jaquet Strafanzeige wegen Verleitung zum Meineid gestellt. Der Detektiv glaubt die Unterlagen für die Mitschuld der Witwe an der Ermordung Jaquets zu haben. Anfänglich war bekanntlich der Hilfspolizist Dujardin als der Tat schuldig zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt worden, bis im Dezember vorigen Jahres durch Freispruch wegen Mangels an Beweisen seine Befreiung aus dem Zuchthaus erfolgte. Es ist nun möglich, dass der ganze Prozess noch einmal aufgerollt werden wird, und vielleicht kommt nun doch noch Licht in die immer noch ungeklärte Angelegenheit.

+ + +

Fünf Frauen verbrannt. In der Nähe von Wilna ereignete sich eine erschütternde Katastrophe, der sechs Frauen zum Opfer fielen. In einer Hanf-Trockenanlage entzündete sich aus ungeklärten Gründen plötzlich ein Brand und ehe die dort arbeitenden Frauen die Gefahr bemerkten, waren sie von Flammen und Rauch umgeben. Die Trockenanlage brannte vollkommen nieder: von den sechs Frauen gelang es nur einer, lebend herauszukommen, doch ist ihr Zustand infolge der davongetragenen Brandwunden hoffnungslos. Aus den Trümmern konnten nur noch fünf völlig verkohlte Leichen geborgen werden.

+ + +

Rätsel um drei nackte Tote. Eine merkwürdige Serie von Todesfällen, die sich in einem verlassenen Pariser Hause innerhalb Jahresfrist zugetragen haben, lenkt die Aufmerksamkeit der Pariser Bevölkerung auf sich. In dem betreffenden Hause wurde vor etwa einem Jahre die vollkommen entkleidete Leiche eines Fräuleins gefunden, dessen Körper nicht die geringste Spur einer Verletzung aufwies. Obwohl sich niemand erklären konnte, woran die Dame gestorben war, wurde die Leiche zur Beerdigung freigegeben. Vor einem Monat nun wurde unter genau den gleichen Umständen, ebenfalls vollkommen nackt, die Leiche des katholischen Priesters Valette-Montbrun, der im gleichen Hause wohnte, aufgefunden. Der Priester hatte seine Geschichte: es soll ihm gelungen sein, den sterbenden Clemenceau, der sich seit langem nicht nur von den Menschen, sondern auch von Gott ge-

trennt, hatte, durch eine geöffnete Türspalte zu segnen. Man begrub den Geistlichen ebenfalls, weil kein äusseres Anzeichen eines Verbrechens an seinem Leichnam festzustellen war. Man kann sich nun das Entsetzen der Hausbewohner vorstellen, als dieser Tage die 48jährige Haushälterin des verstorbenen Priesters, Miss Gims, gleichfalls tot wie die zwei anderen Opfer vollkommen nackt am Boden des Badezimmers liegend aufgefunden wurde. Ihr Körper wird nun, obwohl er nicht die geringste Spur einer Gewalttätigkeit aufweist, gerichtsärztlich untersucht werden, da man die rätselhafte Angelegenheit endlich aufklären möchte.

+ + +
Flugzeugabsturz ins Meer. Die bekannte englische Fliegerin Miss Spooner ist am Donnerstag vormittag mit ihrem Apparat in der Nähe von Calabrien ins Mittelmeer gestürzt. Sie konnte sich mit Mühe und Not an die Küste retten. Die Fliegerin war auf einem Fluge von London nach Kapstadt und hatte nach einer Zwischenlandung in Rom am Donnerstag vormittag ihren Flug fortgesetzt.

+ + +
"Seemannslos". Durch eine Meuterei der indischen Besatzung des zurzeit in New York liegenden britischen Dampfers "Irisbank" sind wüste Zustände im Anwerbungswesen eingeborener Seeleute aufgedeckt worden, die jetzt Gegenstand einer Untersuchung der amerikanischen Hafenbehörden sind. An dem Aufstand beteiligten sich 40 indische Matrosen, die ihrer Empörung gegen die schlechte Behandlung und gegen die englischen Schiffsvorgesetzten in gewalttätiger Form Luft machten. Die Meuterei, die im Maschinenraum ausbrach und sich bald über das Schiff ausdehnte, konnte nur durch das Eingreifen der amerikanischen Hafenz Polizei unterdrückt werden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Auf Befragen erklärten die Schiffsoffiziere, dass für die Besatzung kein Grund zur Empörung vorhanden gewesen sei. Wie jedoch die Nachforschungen der New Yorker Hafentarbeiter-Organisationen ergeben, sind die Matrosen in orientalischen Häfen zu den niedrigsten Löhnen angeheuert worden und müssen wenigstens drei Jahre an Bord des Heuerschiffs bleiben. Der monatliche Durchschnittslohn ist 15 Dollar, wovon die Leute sich ihre eigene Nahrung kaufen müssen. Das Material ist an die Bundesbehörden weiter gegeben worden.

+ + +
Und das nennt sich "Prohibition". In Milwaukee (USA) haben die grossen kalifornischen Fruchtfabriken zum ersten Mal ein neues Fruchtsalzprodukt auf den Markt gebracht, das die schätzenswerte Eigenschaft besitzt, sich in kurzer Zeit und ohne Zutun des glücklichen Besitzers in einen alkoholhaltigen Wein zu verwandeln. Man kann sich denken, welche Aufnahme der neue "Traubensaft" in den Kreisen des Publikums findet und dass die Agenten kaum imstande sind, die Aufträge halbwegs zu befriedigen. Das Produkt wird in acht Geschmacksarten auf den Markt gebracht und in kleinen Fässchen an den Käufer geliefert. Bei der Ablieferung ist nichts weiter als die Entfernung des Spundes nötig, damit die Fruchtsaftlösung der Luft ausgesetzt wird. Das übrige ist Sache von Mutter Natur, die nach Ablauf von etwa 60 Tagen den schönsten Wein präsentiert. Damit der "Prohibitions="Käufer aber auch wirklich zufrieden gestellt wird, spricht bei ihm der Vertreter der Lieferungs-firma vor, zieht das Resultat auf Flaschen und stellt fest, ob alles nach Wunsch ausgefallen ist. Das ganze Theater wird dann Prohibition in Milwaukee genannt...

+ + +
Die "Do X"-Reparatur. Die Reparatur des teilweise durch Brand zerstörten Flugschiffes "Do X" gestaltet sich ziemlich schwierig. Es war notwendig, von Kor-schach ein neues Flügelende als Ersatz für das durch Feuer zerstörte nach Lissabon zu senden. Da trotz der Versicherung durch den langen Aufenthalt in Lissabon grosse Unkosten entstehen, werden die Reparaturarbeiten mit grösster Beschleunigung durchgeführt, sodass der offenbar noch immer nicht aufgegebene Ozeanflug vorläufig für Januar vorgesehen werden wird.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die bulgarische Arbeitsdienstpflicht.

Von unserem bulgarischen Korrespondenten.

SPD. Sofia, im Dezember 1930.

Die bulgarische Arbeitsdienstpflicht hat es nicht wenigen deutschen bürgerlichen Politikern und Zeitungen angetan. Sie reden seit Jahren von den Vorteilen, die die Einführung des obligatorischen Arbeitsdienstes auch in Deutschland für die Volkswirtschaft und die Staatskasse haben würde. Sie verlangen vor allem die Heranziehung jüngerer arbeitsloser Kräfte zu produktiver Tätigkeit für den Staat und die Kommune. Deutsche Abgeordnete und Parteisekretariate haben verschiedentlich bei der Generaldirektion der bulgarischen "Trudowa powinnost" (Arbeitspflicht) Informationen eingeholt. Beschmisste Studenten haben sogar einige Wochen in den Lägern der Dienstpflichtigen zu "Studienzwecken" verbracht und nach ihrer Rückkehr Broschüren geschrieben und deutschen Blättern Berichte über ihre "Erfahrungen" zugesandt, in denen in der Regel die romantische Seite des Ferienabenteuers den breitesten Rahmen einnahm.

Wie sieht die bulgarische Arbeitsdienstpflicht ungeschminkt aus? Die Objektivität verlangt, von vornherein festzustellen, dass der von einigen Nachbarländern vielfach gehörte Vorwurf, die bulgarischen Arbeitspflichtigen seien getarntes Militär, durch nichts gerechtfertigt werden kann. In fünf Jahren hatte ich hinreichend Gelegenheit, mit zahlreichen aktiven und entlassenen "Trudowazi" (Arbeitspflichtige) zu sprechen und viele Läger unangemeldet zu besuchen. Nirgends eine Spur von einer Waffe und militärischen Übungen und gymnastische Übungen, die gewöhnlich zum täglichen Dienstprogramm gehören, wird heute im Zeitalter des Sportes niemand als Soldatenspielerei bezeichnen wollen.

Bulgarien ist hinsichtlich seiner Dienstpflicht in zehn Aushebungsbezirke eingeteilt, jeder mit einem leitenden Büro, das der Generaldirektion in Sofia untersteht. Diese ist dem Ministerium für öffentliche Arbeiten angegliedert. Nachdem die Generaldirektion zusammen mit den Kommunen die notwendigen öffentlichen Arbeiten - in Frage kommen meistens Bau und Ausbesserungen von Strassen, Bahndämmen, Wasserleitungen, Häfen, Kanälen usw. - fixiert und die technischen Pläne ausgearbeitet hat, was gewöhnlich in den Wintermonaten geschieht, wird die erforderliche Zahl der Arbeitskräfte errechnet. Anfangs Frühling erfolgt dann die Aushebung wie beim Militär nach Stammrollen. Pflichtig sind alle Bulgaren vom 18. bis 45. Lebensjahre für eine einmalige Dienstdauer von acht Monaten. Nach einer ärztlichen Untersuchung erhalten dann die Tauglichen einen Gestellungsbefehl, der sie zum Bezirksbüro beordert. Dieses sucht von denjenigen, die von dem Loskaufrecht keinen Gebrauch machen, die benötigte Anzahl Leute heraus und stellt sie ein. Die ungelerten Bauernbürschen werden in grösseren und kleineren Arbeitskolonnen in der Regel zu Erdarbeiten verwandt, während in einem Handwerke oder sonstigem Berufe ausgebildete Leute in den verschiedenen Sonderbetrieben der Generaldirektion (Ziegeleien, Tischlereien, Gärtnereien usw.) beschäftigt werden. Die Trudowazi bekommen für ihre Arbeit keinen Lohn, sondern lediglich Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft. Lediglich die leitenden Beamten, die durchweg ehemalige Offiziere sind, erhalten festes Gehalt und sind lebenslanglich angestellt.

Der Arbeitsdienst war bis zum Jahre 1925 eine starke finanzielle Last für den Staat, da naturgemäss riesige Summen für Investitionen (Arbeitsgeräte, Maschinen, Gebäude usw.) notwendig wurden. Erst nach 1925 vermochte die Generaldirektion die Organisation so "wirtschaftlich" zu gestalten, dass die Budgetgebarung aktiv wurde. Im Finanzjahre 1928/29 konnte sogar angeblich ein Reingewinn von 146,2 Mill. Lewa (100 Lewa = ca. 3 Mark) erzielt werden; er hat jedoch zum grössten Teil fiktiven Charakter, da er von dem geschätzten Geldwert der geleisteten Arbeit abhängt. In der Hauptsache jedoch ist die günstige Budgetentwicklung auf die Zunahme der Loskaufgelder zurückzuführen, die sich 1929 um 22,2 Mill. Lewa auf 77.5 Mill. Lewa erhöht haben. Diese Einnahme der Generaldirektion, die sie ständig höher zu schrauben bemüht ist, lastet besonders schwer auf der schon durch Steuerabgaben und die reaktionäre Wirtschaftspolitik der Regierung bis zum Weissbluten ausgepowerten kleinen Landbevölkerung, die 80 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Nach den jüngsten Ermittlungen, die mir die Generaldirektion zur Verfügung stellte, beziffert sich die durchschnittliche Aufwendung für einen Arbeitspflichtigen auf täglich 88.72 Lewa (= rund 2,65 Mark) unter Einschluss aller Generalkosten, während seine Leistungen einschliesslich der finanziellen für Loskauf täglich 98.36 Lewa (= rund 3 Mark) abwerfen. Ausser dem achtmonatigen Arbeitsdienst gibt es noch einen sogenannten "Zeitlichen Arbeitsdienst", den auszunutzen, den Gemein den überlassen ist. Er dauert nur einige Tage im Jahre. Da hier ebenfalls die Loskaufmöglichkeit besteht, fliessen der Generaldirektion wiederum neue Mittel zu, die auch zur Aktivität der Bilanz beitragen.

Sieht man mithin von den Loskaufsummen ab, so verbleibt dem bulgarischen Staate effektiv kaum ein nennenswerter Nutzen trotz der "Herabsetzung und Rationalisierung" der Erhaltungskosten der Pflichtigen. Wenn die tägliche Gesamtaufwendung für einen Dienstpflichtigen einschliesslich aller Generalkosten, die vorsichtigerweise gesondert nicht ausgewiesen werden, nur 2,65 Mark beträgt, so dürften von dieser Summe kaum 50 Prozent für Nahrung, Kleidung und Quartier des Arbeiters ausgegeben werden. Dem grenzenlos anspruchslosen bulgarischen Bauernburschen müssen während acht Monate notdürftige Baracken aus Reisig oder Lehm, in die bei schlechtem Wetter Regen und Sturm peitschen, sowie dünnes Futter aus dem grossen Feldkessel "genügen". Eine Ausnahme hiervon machen nur die Sonderbetriebe, wo die Leute in Wohnkasernen untergebracht sind.

Die bulgarische Arbeitsdienstpflicht sieht etwas anders aus, als die Studenten-Berichte vermuten lassen, die von wilden Nationaltänzen der Trudowazi unter sternbesätem Himmel, von der weinenden Zigulka und von der melancholischen Gaida schwärmen.

SPD. Vor Zuzug von Arbeitssuchenden nach Oesterreich wird von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dringend gewarnt. Wer sich nicht vorher in Oesterreich einen Arbeitsplatz habe sichern können, finde drüben unmöglich eine Stelle und falle nur den österreichischen Fürsorgeeinrichtungen zur Last.

SPD. Im Arbeitskonflikt bei der Reichsbahn, deren Hauptverwaltung von der Forderung der Gewerkschaften nach Wiederherstellung des Achtstundentages nichts wissen will, ist Dr. Völkers-Bremen vom Reichsarbeitsminister zum Schlichter bestellt worden. Der Schlichter hat die Parteien bereits zu einer Vorbesprechung geladen, die am Freitag im Reichsarbeitsministerium stattfindet.

SPD. Die schlesischen Agrarier, die sich die Aufrüstung der Hitlerbanden - die Aushebung von 300 schwerbewaffneten Nationalsozialisten aus dem Schloss des Rittergutspächters v. Oelffen beweist das von neuem - eine Stange Gold kosten lassen, möchten die Löhne der Landarbeiter um 30% abbauen und den Dienstboten während des Winters überhaupt keinen Pfennig Lohn mehr zahlen. So hat allen Ernstes eine Unterorganisation des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für die Provinz Ober- und Niederschlesien die Forderung aufgestellt, die Lohnzahlungen bei bäuerlichen Dienstboten für die Monate Dezember, Januar und Februar gänzlich in Fortfall kommen zu lassen.

Die schlesischen Agrarier, die mit ihren Vorstellungen bereits im "Dritten Reich" der Nazis leben, haben jedes Augenmass verloren. Was soll man zu ihren Hemmungslosigkeiten noch sagen? Nächstens werden sie verlangen, dass jeder, den sie beschäftigen, einen Beutel Geld mitbringen muss. Und dieselben Herrschaften jammern und klagen über die Abwanderung der bäuerlichen Dienstboten!!

Noch haben wir keinen Faschismus, aber was die schlesischen Agrarfaschisten im Kopf haben, lässt ahnen, dass dem deutschen Arbeiter Fürchterliches begegnen würde, wenn in Deutschland tatsächlich die Hitlerbanden die Zügel in die Hand bekämen. Sie würden Mussolini und Pilsudski und wie die schmutzigen Henker der Gegenrevolution alle heissen, weit übertreffen.

SPD. In den Vereinigten Staaten soll zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Eindämmung der Arbeitslosigkeit rund eine Milliarde Dollar verwendet werden. Man ist drüben zur Zeit dabei, einen grossen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu organisieren, an dem sich die Bundesregierung, die Regierungen der einzelnen Staaten und grosse Privatunternehmungen beteiligen. Die Eisenbahngesellschaften wollen Tausende von Eisenbahnwagen bauen lassen, Handelsfirmen wollen grosse Warenhäuser errichten und die Schiffswerften beabsichtigen, Handelschiffe im Betrag von 50 Millionen Dollar herstellen zu lassen. Die Regierungen in den verschiedenen Staaten haben den Bau von Hospitälern, Postämtern, Stauwehren usw. beschlossen; das Bauprogramm für Washington allein beziffert sich auf rund 115 Millionen Dollar. Während der Ferienzeit sollen Tausende von Arbeitslosen zur Entlastung des Arbeitsmarkts im Postdienst eingestellt werden.-

+ + +

Amerika ist ein reiches Land. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung macht ihm nicht die Schwierigkeiten, die Deutschland zu überwinden hat. Trotzdem berührt es merkwürdig, dass die Reichsregierung es bis zur Stunde nicht für nötig gehalten hat, aus den Vorschlägen der preussischen Regierung und der Gewerkschaften zur Beschaffung von Arbeit etwas Nutzbringendes zu gestalten.

+
In Preussen sind im Vierteljahr Juli bis September bei Notstandsarbeiten, die verstärkt aus Landesmitteln gefördert wurden, an Arbeitslosen täglich beschäftigt worden: im Juli 15 932, im August 16 103 und im September 17 508. Diese Zahlen wirken angesichts der Massenarbeitslosigkeit wahrhaft niederschmetternd.

SPD. Der Reichsbund deutscher Mieter e.V. (Sitz Berlin) hat beim Reichstag gegen die Bestimmungen der Notverordnung über die Senkung der Realsteuern und den Abbau des Mieterschutzes Protest erhoben. Der Bundesbeirat und Vertreter der grösseren Vereine aus dem ganzen Reich werden am kommenden Sonntag zu der Notverordnung Stellung nehmen und im Anschluss daran ihre Forderungen noch einmal den Fraktionen übermitteln.

Wirtschaft Technik Handel

Systemwechsel in der Handelspolitik?

Meistbegünstigung, - Zollbindungen, - Kontingente, - Gegenseitigkeit.

SPD, Reichslandbund und Rechtsparteien arbeiten seit langem auf eine Kursänderung in unserer Handelspolitik hin. Der verstärkte Zollschutz genügt ihnen nicht. Man will die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande überhaupt verhindern und zu diesem Zweck unser Handelsvertragssystem beseitigen. So hat die Landvolkpartei im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der allgemeinen Meistbegünstigung fordert. Auf der allgemeinen Meistbegünstigung beruht aber der deutsche Handelsverkehr mit dem Ausland und der gesamte inner-europäische Warenaustausch. Der Reichslandbund geht noch weiter. Er verlangt Lösung aller Zollbindungen für Agrarprodukte, wenn es sein muss, durch Kündigung von Handelsverträgen, und für die Zukunft ein Verbot von Zollvereinbarungen über landwirtschaftliche Erzeugnisse. Werden diese Forderungen angenommen, so würde das für die deutsche Industriewirtschaft und für unseren Arbeitsmarkt eine fürchterliche Katastrophe bedeuten.

Der Wiederaufbau des deutschen Industrieexports ist, was von keiner Seite bestritten wird, zwei Umständen zu verdanken: der gesteigerten Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie und der Exporterleichterung durch die auf dem Prinzip der Meistbegünstigung aufgebauten Handelsverträge. Ein Industrieland wie Deutschland, das auf einen ausserordentlich mannigfaltigen Industrieexport angewiesen ist, bedarf unbedingt der Sicherung durch Handelsverträge und Zollvereinbarungen. Durch die Meistbegünstigung wird nun zweierlei erreicht. Zunächst genießt Deutschland (von wenigen Sonderfällen abgesehen) auf den ausländischen Absatzgebieten in Konkurrenz mit den anderen Industrieländern die gleichen Vergünstigungen, die diesen zugebilligt wurden; Deutschland kann also unter gleichen Bedingungen verkaufen. Durch die Meistbegünstigung ist ferner infolge der Zollbindung nach zahlreichen Seiten hin eine relativ stabile Handelspolitik gesichert. Deutschland hat nun in besonders hohem Masse dem Meistbegünstigungssystem seine letztjährigen Exporterfolge zu verdanken. Der Leiter der deutschen Handelspolitik, Ministerialdirektor Posse, hat das auch ohne Rücksicht ausgesprochen: "Für Deutschland mit seiner vielfältigen Ausfuhr nach allen Ländern ist das System der Meistbegünstigung die einzig brauchbare Grundlage der Handelspolitik."

In den einzelnen Handelsverträgen, die Deutschland in der Nachkriegszeit abgeschlossen hat, konnte naturgemäss jeweils nur ein Teil der deutschen Exportinteressen Berücksichtigung finden. Durch die Handelsverträge und Tarifabkommen, die nun wiederum die deutschen Kundenländer untereinander abgeschlossen haben, sind weitere zahlreiche Zollherabsetzungen zustande gekommen, die Deutschland automatisch auf Grund der Meistbegünstigungsklausel zufallen.

In den deutschen Handelsverträgen mussten naturgemäss den interessierten Ländern einzelne Zollzusicherungen für die agrarischen Erzeugnisse gemacht werden. Mit den romanischen Ländern, Frankreich, Italien und Spanien, waren Handelsverträge nur erreichbar bei gleichzeitigen vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe der deutschen Weinzölle. Holland und den skandinavischen Ländern sowie den Randstaaten musste als Aequivalent für die Erleichterung der Belieferung mit deutschen Industrieerzeugnissen auch die Möglichkeit der Einfuhr an Vieh, Fleisch und Molkereierzeugnissen geboten werden. Diese Zollbindungen, die für Erzeugnisse der Viehwirtschaft, des Gemüse- und Obst- und Weinbaues gewährt wur-

den, einen immer noch nicht unbedeutlichen Zollschatz für die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung darstellen und dass ferner bei einzelnen Lebensmitteln ein zusätzlicher Bedarf, der von der einheimischen Erzeugung entweder garnicht oder nicht gleichwertig gedeckt werden kann, vorliegt. Die am agrarischen Export interessierten Länder werden keinesfalls bereit sein, auf die ihnen in Verträgen zugesicherten Einfuhrmöglichkeiten Verzicht zu leisten. Eine Aufkündigung der Handelsverträge, in denen Zollbindungen für die agrarischen Erzeugnisse enthalten sind, würde geradezu eine Katastrophe des deutschen Exports und des deutschen Arbeitsmarktes herveiführen, da die in Frage kommenden europäischen Länder mit starken agrarischen Interessen etwas mehr als die Hälfte der deutschen Industrieausfuhr aufnehmen. Diese Forderungen, die ja zum alten Rüstzeug der Landbundagitation gehören, sind so verantwortungslos, dass sie die schärfste Zurückweisung erfordern.

Dagegen scheint es erforderlich, sich mit den Kritikern des deutschen handelspolitischen Systems näher auseinanderzusetzen. In dem oben erwähnten Antrag der Landvolkpartei wird die Forderung erhoben, das System der Meistbegünstigung zu beseitigen und in unsern Handelsverträgen in Zukunft nur noch Gegenseitigkeitsvereinbarungen (Reziprozität) oder die Einräumung von begrenzten Einfuhrkontingenten zuzulassen.

Kontingentsvereinbarungen haben in letzter Zeit bereits auf den Einfluss des Landbundes hin in Handelsverträgen Eingang gefunden. So ist Schweden ein begrenztes Kontingent für die Einfuhr von Schlachtrindern, Finnland für die Einfuhr von Butter zugebilligt worden. Diese Kontingente haben bereits ausserordentlich ungünstige Rückwirkungen auf die deutsche Handelspolitik gehabt. Da diese Kontingentsvereinbarungen auf eine Durchlöcherung der Meistbegünstigung hinauslaufen, haben sie die allgemeine Missbilligung der europäischen Vertragsstaaten gefunden. Sie haben ferner in den betroffenen Ländern, insbesondere in Dänemark und Holland, die stärkste Erregung hervorgerufen; nur mit Mühe und Not ist es gelungen, eine als Abwehrmassnahme gedachte Boykottbewegung gegen den deutschen Industrieexport zu verhindern.

Wie steht es nun mit dem System der Gegenseitigkeitsverträge (Reziprozität)? Dieses System hat nicht nur im agrarischen Lager Anhänger, sondern es sind in letzter Zeit auch verschiedentlich auf industrieller Seite Stimmen laut geworden, die es unter Hinweis auf die starre Zollpolitik einzelner Länder (Vereinigte Staaten, England etc.) empfehlen. Vorweg muss gesagt werden, dass dieses System, das die Verallgemeinerung der Zollermässigungen auf alle Vertragsstaaten ausschliesst, glücklicherweise in Europa zu Grabe getragen ist, nachdem auch Frankreich sich von ihm abgekehrt hat. Die wesentlichen Ansprüche, die Deutschland als Industriestaat an die Handelspolitik zu stellen hat (Stabilität der Zollltarife, gleiche Wettbewerbsbedingungen mit allen anderen Lieferländern sowie die Tendenz zur Senkung des Zollltarifs), können durch beschränkte Gegenseitigkeitsvereinbarungen nicht erfüllt werden. Jede Einzelzusage, die einem Handelspartner gewährt wurde, muss sofort zahlreiche neue Verhandlungen mit den andern Vertragsländern nach sich ziehen, die die gleiche Vergünstigung beanspruchen. Die Konkurrenzbedingungen sind dauernden Veränderungen ausgesetzt und die Tendenz zur Herabsetzung des Zollniveaus, die dem System der Tarifverträge unter Anwendung der Meistbegünstigung innewohnt, würde aufgehoben.

Die Forderungen des Reichslandbundes und der agrarischen Parteien laufen, wie wir im einzelnen gezeigt haben, den Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft zuwider. Die Annahme dieser Forderungen würde zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und Zunahme der Arbeitslosigkeit beitragen.

SPD, Die am 3. Dezember in Berlin stattgefundene Tagung des Reichsausschusses für Kommunalpolitik beschäftigte sich, wie uns die Kommunalpolitische Zentralstelle beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei mitteilt, eingehend mit den Finanz- und Steuerfragen der Gemeinden und der durch die Steuernotverordnung vom 1. Dezember 1930 geschaffenen Aenderung. Die Aussprache, die durch ein Referat des Frankfurter Stadtkämmerers Asch eingeleitet wurde, zeigte, dass die finanziellen Massnahmen der Notverordnung Ausdruck der jahrelangen Hetze gegen die Kommunen sind. Die für die Städte und Gemeinden so notwendige finanzielle Entlastung dürfte kaum eintreten. Es bestehe vielmehr die Gefahr, dass durch die finanzielle Einschnürung der Gemeinden eine fortschrittliche Kommunalarbeit unterbunden wird. Aufgabe der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker sei, diese Gefahren und Absichten der bürgerlichen Gegner illusorisch zu machen. Dabei müssten die Kommunen die ihnen zur Verfügung stehenden Steuerquellen, soweit sie sozial vertretbar sind, ausschöpfen, um so die Wohlfahrtsleistungen und die Erhaltung der sozialen Einrichtungen sicherzustellen. Eine solche Politik zwinge zur äussersten Sparsamkeit. Bei den Etatsberatungen würden daher die Gemeindevertreter ernsthafte Vorschläge für weitere Einsparungen im Interesse einer Gesundung der Kommunalpolitik und der Kommunalwirtschaft zu prüfen haben. Entsprechendes Material würde die Zentralstelle den sozialdemokratischen Gemeindevertretern zugehen lassen.

Mit der Finanznot der Städte stehe die Theaterkrise im engsten Zusammenhang. Soweit die Leistungen für die Wohlfahrt und Sozialaufgaben nicht in Frage gestellt werden, sollten alle Mittel angewandt werden, um das Theater der Bevölkerung zu erhalten. Sparmassnahmen (Abbau der hohen Stargagen usw.), Programmgestaltung (Volkstheater) und Preisgestaltung seien Mittel, die den Besuch steigern bzw. die Zuschüsse verringern können.

Die Konferenz beschäftigte sich dann mit den Aufgaben der öffentlichen Geldinstitute, insbesondere mit der Zinsgestaltung und der Kurspflege. Ein bei der Kommunalpolitischen Zentralstelle bestehender Unterausschuss wird das Gebiet des öffentlichen Bank- und Sparkassenwesens bearbeiten, die Entwicklung des Geldwesens verfolgen und die sozialdemokratischen Gemeindevertreter laufend informieren.

Zum Schluss nahm die Konferenz Stellung gegen die Angriffe auf die Kommunalwirtschaft, die sich gerade in der Zeit der Krise häufen. Die Konferenz warnt die Kommunen vor Manövern und Angeboten der Privatwirtschaft, die die Krise benutzen will, um den Gemeinden rentable und leistungsfähige Betriebe zu entreissen. Hier sei Vorsicht geboten und mit allen Mitteln danach zu trachten, den kommunalen Besitz zu erhalten. Für Beratung in diesen Fragen stehe die Kommunalpolitische Zentralstelle zur Verfügung.

SPD. Der Rückforthkonzern, der grosse Alkoholinteressen in Pommern und Ostpreussen zusammenfasst, leitet das Communiqué über die Abschlüsse der in ihm vereinigten Brauereien mit dem Bemerkten ein, dass "bei der Aufstellung der Ziffern der gegenwärtigen Wirtschaftslage weitgehendst Rechnung getragen" worden sei, d. h. im Rückforthkonzern haben sich Gewinne und Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr, das wirklich nicht schlecht war, noch erhöht. Die Aktienbrauerei Ponarth in Königsberg verteilt wie im Vorjahr 10%, die Aktienbrauerei Schönbusch-Königsberg 12% (im Vorjahr 12%), das Bürgerliche Brauhaus Insterburg 9% (9%), die Tilsiter Aktienbrauerei 4% (4%), die Bohrisch-Brauerei in Stettin 10% (10%), Stettiner Bergschlossbrauerei 14% (14%) und die Stettiner Brauerei Elysium 15% (15%). Bei der Bergschloss-Brauerei Braunsberg wird die Dividende um 2 auf 6% heraufgesetzt. Dividendenlos bleibt die Rastenburger Brauerei. Auch sie hätte eine Dividende zahlen können. So wurden z. B. die Abschreibungen um fast 20 000 auf 81 000 Mark erhöht.

SPD. Die deutschen Industrieprominenten reden sehr gern, ohne eigentlich der Mitwelt etwas zu sagen. Es lohnt sich kaum noch, von ihren Reden Kenntnis zu nehmen. Eine Ausnahme macht Paul Silverberg, einer der Grossen in der westdeutschen Montanindustrie. Er hat auf der Berliner Tagung der Leinenindustrie am Donnerstag Intimitäten vom Streik der Unternehmer erzählt.

Es stimmt! Nach den Riesengewinnen, die das deutsche Unternehmertum in den letzten 6 Jahren eingeheimst hat, nachdem dieses Unternehmertum seine Werke aufs glänzendste ausgerüstet hat, so dass sie ohne Beispiel dastehen, findet Paul Silverberg den Mut, folgendes zu erklären:

"Die fortgesetzte Rücksicht auf die Psychologie der Massen habe übersehen, dass es auch eine sehr wesentliche Unternehmerpsychologie gebe. Ihre konsequente Nichtberücksichtigung führe im Endergebnis zu einer Einstellung des Unternehmertums, die mit dem Wort wiedergegeben werden könnte: Wir fangen nichts Neues mehr an! Nach dem Grundsatz "Gewinn ist Verbrechen" habe das deutsche Unternehmertum sich seit der Umwälzung einen unerhörten Steuerdruck bis zur Wegbesteigerung von Gewinn und Kapital ausgesetzt gesehen. Es sei vergeblich versucht worden, das Schwinden des Unternehmergeistes durch kollektive Verantwortlichkeit und durch Subventionen der öffentlichen Hand auszugleichen. Die Forderungen müsse lauten: Beseitigung der Zwangswirtschaft im Kohlenbergbau, im Bau- und Wohnungswesen und in der Festsetzung von Arbeitslohn und Arbeitszeit. Die deutsche Wirtschaft werde erst wieder gesunden, wenn auch das deutsche Unternehmertum in den Produktionsprozess wieder eingeschaltet werde."

Welches Wort hat man Fritz Thyssen während der Pariser Reparationskonferenz in den Mund gelegt? Er soll damals geäußert haben: "Diese Krise kann ich gerade gebrauchen, dann werden wir mit Gewerkschaften und Lohnforderungen fertig." Das Wort ist bestritten worden. Paul Silverberg hat am Donnerstag die psychologische Wahrheit dieses Wortes bestätigt.

SPD. Die Kaliförderung hat weiter abgenommen. Das Deutsche Kalisyndikat teilt darüber folgendes mit: "Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kaliwerke im November 1930 betragen 548 717 dz Reinkali gegen 846 641 dz Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten sieben Monaten (Mai bis November 1930) des laufenden Düngejahres betragen 6 199 190 dz Reinkali gegen 6 469 781 dz Reinkali in den ersten sieben Monaten des Düngejahres 1929/30. In den ersten elf Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliwerken insgesamt 12 760 248 dz Reinkali gegen 13 018 232 dz Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt.

In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kaliwerke für die Exportländer des Syndikats mit enthalten.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 4. Dezember: I. 128 Mark, II. 114 Mark, III. 98 Mark je Zentner. Tendenz: flau.

Verpufft!

(Berliner Getreidebörse vom 4. Dezember)

SPD. Die Tendenz an der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag erheblich matter als an den Vortagen. Am Markte der Zeitgeschäfte ging die Roggennotierung um 2 bis 4 Mark, der Weizenpreis um ca. $1\frac{1}{2}$ Mark zurück. In effektiver Ware liessen sich für Roggen gleichfalls stärkere Preisverluste feststellen. Hiervon war weniger die leichte Zunahme des Angebots als vielmehr die Zurückhaltung der Käufer massgebend. Die Mühlen zeigten wenig Kauflust, da das Mehlgeschäft wieder recht enttäuscht war. Bei unveränderten Forderungen fanden nur wenig Umsätze in Roggen- und Weizenmehl statt. Hafer hatte stetige Tendenz bei laufendem Konsumgeschäft. Auch nach Gerste machte sich weiter Nachfrage bemerkbar.

	<u>3. Dezember</u>	<u>4. Dezember</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	251 - 252	251 - 252
Roggen	158 - 160	156 - 157
Braugerste	198 - 220	204 - 224
Futter- und Industrierogerste	183 - 190	190 - 195
Hafer	140 - 147	140 - 147
Weizenmehl	29,25-37,00	29,25-37,00
Roggenmehl	24,50-27,25	24,25-27,15
Weizenkleie	10,00-10,25	10,25-10,60
Roggenkleie	9,00- 9,50	9,00- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $262\frac{1}{2}$ - $261\frac{1}{2}$ (Vortag 263), März $275\frac{1}{2}$ -275 Brief (277), Mai 285 - $284\frac{1}{2}$ Brief ($286\frac{1}{2}$). Roggen Dezember $176\frac{1}{2}$ - $175\frac{1}{2}$ ($178\frac{1}{2}$), März 187 $\frac{1}{4}$ -186 ($191\frac{1}{2}$), Mai $193\frac{1}{2}$ - $191\frac{1}{2}$ (197). Hafer Dezember $156\frac{1}{2}$ ($157\frac{1}{2}$), März 170-169 ($173\frac{1}{2}$), Mai 180- $179\frac{1}{2}$ Brief (183).

Amtliche Eiernotierungen.

(4. Dezember)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), über 65 Gramm $17\frac{1}{2}$, 60 g $16\frac{1}{2}$, 53 g $15\frac{1}{2}$, 48 g $13\frac{1}{2}$, frische Eier 53 gr 14, aussortierte kleine und Schmutzeier 11 Auslandseier: Dänen 18er 18, Schweden $15\frac{1}{2}$ -16er 15, Estländer 17er 15, $15\frac{1}{2}$ -16er 14, Rumänen $12\frac{1}{2}$ bis 13 $\frac{1}{4}$, Ungarn und Jugoslawen $12\frac{1}{2}$ -13 $\frac{1}{4}$, Polen normale 11 $\frac{3}{4}$ - 12 $\frac{1}{4}$, kleine, mittel-, Schmutzeier 9 - $10\frac{1}{2}$. In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse $13\frac{1}{2}$ -14 $\frac{1}{4}$, grosse 13, normale 10 $\frac{3}{4}$ bis $11\frac{1}{2}$, kleine 9, Chinesen und ähnliche 10-12. Kalkeier: Extra grosse 13, grosse 11, normale $9\frac{1}{2}$ -10. Witterung: Kuit, Tendenz: freundlicher.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(4. Dezember)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1 bis 1,25, Rote 1,20 bis 1,45, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,40 bis 1,70, Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,45 Mark. Fabrikkartoffeln 5 bis 6 Pfennige je Stärkeprozent.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 91

Berlin, den

4. Dezember 1930

Frauenkleidung im Winter.^x

SPD. Die Kleidung dient der Befriedigung unsres Schutzbedürfnisses gegen die Witterung. Ihr Zweck ist es, eine bestimmte Wärmezufuhr zu vermitteln, die dem Körper durch die ihn umgebende Luft verloren geht. Im Sommer liess sich die Frage der Kleidung sehr einfach lösen, denn die den Körper umgebende Luft war warm, von Sonnenstrahlen durchdrungen, von Licht gesättigt. Man muss zugeben, dass die Frauenmode im Sommer gerade der Hygiene vollkommen Rechnung getragen hat. Das hals- und armfreie Kleid aus dünnem, licht- und luftdurchlässigem Stoff, das lose getragen wurde, vor allem beim Wandern, die kleinen Söckchen, die den Fuss warm hielten und das unhygienische Strumpfband überflüssig machten - das alles waren sehr erfreuliche Zugeständnisse an die Hygiene, denn diese sommerliche Frauenkleidung entsprach ganz dem Zweck jeder Kleidung überhaupt: Sie schützte vor den Einflüssen der Witterung und war doch luft- und lichtdurchlässig; sie bewahrte vor Erkältungen und härtete doch den Körper ab, indem sie ihn der Sonne und dem Licht aussetzte.

Sobald jedoch der Winter kommt, wird die Hygiene wieder zum Stiefkinde der Frauenmode. Wer noch vor wenigen Monaten im Badeanzug im warmen Sande lag und sich bräunen liess, der trägt heute einen schweren, fast luftundurchlässigen Wintermantel, mit einem Pelzkragen, der bis zur Nasenspitze reicht, mit hohen Gummiüberschuhen, die ebenfalls keinem Luftzug Eintritt gewähren. An die Stelle der kleinen Söckchen sind die dünnen Flor- oder Seidenstrümpfe getreten, die meisten mit fest anliegenden Strumpfbändern befestigt sind. Wenn dann beim ersten Witterungswechsel eine tüchtige Erkältung eintritt, dann schüttelt man erstaunt den Kopf und denkt darüber nach, wie das wohl möglich sein kann, nachdem man doch den ganzen Sommer hindurch den Körper so schön abgehärtet hatte, dass man zur Freude seiner Mitmenschen fast wie ein Indianer aussah. Hatte das denn gar keine Wirkung gehabt?

Man vergisst dabei nur, dass es nicht genügt, sich im Sommer hygienisch zu kleiden, sondern dass auch die Winterkleidung zweckmässig und vernünftig sein muss. Ein luftundurchlässiger Mantel und Gummiüberschuhe verwandeln ihre Träger zweifellos bei strömendem Regen in höchst beneidenswerte Menschen für alle diejenigen, die sich das nicht leisten können. Aber bei trockener Witterung sind diese Kleidungsstücke eben doch alles andere als gesund, denn sie schliessen den Körper von jeder Luftzufuhr ab. Auch der dicke, schwere Wintermantel ist unhygienisch. Denn nicht der dicke Stoff wärmt den Körper im Winter, sondern - und darüber sind sich die allerwenigsten Frauen klar! - die Luftschicht zwischen Körper und Mantel. Nicht von der Dicke und Schwere des Mantels, sondern von der Beschaffenheit dieser Lufthülle, die von der Körperwärme geheizt wird, hängt, es ab ob uns warm und behaglich zu Mute ist. Weit empfehlenswerter ist es also, mehrere nicht zu dicke Kleidungsstücke übereinander zu tragen, als die unter Umständen hauchdünne Unterwäsche durch einen zentnerschweren Mantel auszugleichen. Ein luftdurchlässiges Wollkleid, ein leichter wollener Mantel, eine leichte Wollmütze oder ein kleiner, bequemer Hut, als Unterwäsche Woll- oder Baumwolltrikots, als Fussbekleidung nicht zu dünne Strümpfe, die jedoch nicht durch festanschliessende Strumpfbänder, sondern durch Strumpfhalter mit Hilfe eines Gürtels getragen werden - eine solche Kleidung wäre eine natürliche Fortset-

zung der Frauenmode des Sommers. Glatte, helle Kleiderstoffe, die immer noch das Licht durchlassen, lockere, rauhe Gewebe als Mantelstoffe draussen in der Kälte - darauf kommt es an.-

Noch ein Wort über die Unterwäsche. Alle Leinenstoffe sind schnell von Schweiß durchnässt. Durch die Feuchtigkeit aber verschliessen sich sofort die Hautporen: Die gesunde Hautatmung wird also unterbunden, und der betreffende Mensch friert. Dies gilt auch für alle steifen und appretierten Stoffe. Seide dürfte wohl für die meisten von uns unerschwinglich als Unterwäsche und auch gerade im Winter nicht empfehlenswert sein. Stattdessen aber ein leichtes, poröses Unterzeug aus Baumwolle, das sehr leicht und praktisch gewaschen werden kann und deshalb auch dem wollenen Unterzeuge vorzuziehen ist-. Wolle verträgt ja kochendes Wasser nicht, da die Wollfaser beim Kochen ihre Festigkeit einbüsst und der Wollganz einer stumpfen Färbung weicht. Und da gerade die Leibwäsche eine besonders gründliche Reinigung verlangt, wozu kochendes Wasser unerlässlich sein dürfte, so ist Baumwolle aller Art wohl das Empfehlenswerteste für die meisten von uns.

Endlich möge man nicht vergessen, auch das Wollkleid und den Mantel von Zeit zu Zeit ins Freie zu hängen. Dabei schadet es nichts, wenn einige Strahlen der Wintersonne das Gewebe treffen, denn im Winter ist die Gefahr des Bleichens und Verschiessens sehr minimal. Aber Luft und Sonne, vernünftig und in bestimmten Zeiträumen angewendet, sind auch im Winter die wirksamsten Vertilger der Bakterien des Strassenstaubs. Und eine zweckmässige, hygienische, saubere und gut gepflegte Kleidung haben wir Frauen nicht nur im Sommer, sondern auch in der kalten Jahreszeit nötig, denn sie ist unser bester Schutz gegen alle Erkältungskrankheiten.

Elke.

Eine grosse Ueberraschung.^x

Von Gramen

SPD. Mütterchen Feodossjewnina triumphierte heimtückisch und hinterlistig. Beim Mittagessen sass sie schweigend da und grinste. Gegen alle Gewohnheit verläumte sie nur dieses einzige Mal, Sohn und Schwiegertochter zu sticheln, weil der Säugling Kim mit einem Hundennamen und mit blauem Dunst statt einer Seele beachtet worden war fürs Leben.

Den Grund ihres Triumphes vertraute sie nur der Portierfrau Anissja an. Am Abend auf der Hintertreppe beim Mülleimer.

"Ich habe den Säugling taufen lassen", flüsterte sie salbungsvoll.

"Wie? Haben Pjotr Grigorjewitsch und Marja Semjonowna ihre Einwilligung gegeben?"

"Denkst du etwa, ich frage sie danach? Ich habe ihn heimlich taufen lassen! Schlimm genug, dass sie ungetraut leben. Hol der Teufel ihre Seele! Soll auch das Kind verderben? Ich habe es Peter genannt nach seinem Vater Petjenka."

"Na, das ist wenigstens ein rechtgläubiger Name!"

"Der rechtgläubigste aller rechtgläubigen! Petjenka - Das klingt doch anders als Kim. Pfui; der Teufel soll ihre Seele holen! Mögen sie in der Hölle braten, die verdammten Narren! Aber dass du ja niemanden etwas verrätst!"

Marja Semjonowna Feodossjewnina, die Schwiegertochter und Kim-Peters Mutter, trug sich den ganzen Tag mit einem Geheimnis. Am nächsten Morgen, als Peter Grigorjewitsch sich zur Arbeit begeben hatte, hielt Marja Semjonowna nicht länger an sich. Den kleinen Kim auf dem Arme ging sie zur Grossmutter, schlug die Augen nieder und wurde rot wie Mohn.

"Sie können gratulieren, Schwiegermutter", sagte sie zaghaft und feierlich. "Seit drei Tagen ist er getauft. Er heisst Grischa nach seinem Grossvater. Aber

verraten Sie mich nicht dem Peter! Es ist heimlich vor ihm geschehen."

Die Feodossjewnina sperrte den Mund auf, wechselte die Farbe und sank auf einen Stuhl. Dann schlug sie die Hände über dem Kopfe zusammen: "O, du Hundeseele; Gott verzeih' mir! Wer hat dich darum gebeten? Dass du verflucht seist! Hat der Satan dich gezwickt? Wie soll diese Sünde wieder gut gemacht werden? Hast einen Getauften noch einmal taufen lassen! Mögest du platzen! Oh, dass meine Augen dein verruchtes Antlitz nicht mehr erblickten! Mögest du blind werden!"

Feodossjewnina fluchte kräftig und lange. Dann flüsterte sie eindringlich vor dem Bilde der Dreifaltigkeit, und Marja Semjonowna schluchzte bitterlich. Am zweiten Tage, am dritten und vierten gingen die Beiden finster einher, seufzten oft und beteten stumm über dem Haupte des Kim=Peter=Gregors.

Der Vater, Peter Grigojewitsch, war Kandidat der WKP. Aber auch eines Kandidaten Herz ist nicht aus Stein. Peter Grigorjewitsch hatte einen schwachen Augenblick. Er erklärte, das Kind sei krank. Er wolle es in die Ambulanz bringen zu einem bekannten Arzt. Er müsse es persönlich tun, denn es handle sich um eine Sache, die man Frauen nicht gut anvertrauen könne.

Etwa drei Stunden blieb er mit dem Kinde weg. Heimgekehrt, begnügte sich Pjotr Grigorjewitsch zunächst damit zu lächeln. Dann sprach er zu Frau und Mutter: "Hier, empfangt den Senjka aus meiner Hand! Uebrigens..Euer Senjka ist gesund und munter. Ihm fehlt auch nicht das Geringste."

"Hast du den Verstand verloren? Seit wann heisst er denn Senjka?" fragte grollend seine Frau.

Pjotr Grigorjewitsch entgegnete liebedwürdig: "Seit heute.- Mutter, Mascha, hört mich an! Ich wollte euch eine Freude bereiten. Ist's auch eine Illusion, ein Vorurteil - wir können uns eben nicht ändern...Dass ich's nur gestehe... Ich bin garnicht in der Ambulanz gewesen. Ich hatte mich bereits gestern mit dem Popen und mit Freunden verabredet: es sollte eine Ueberraschung für euch werden."

"Hast du ihn wirklich taufen lassen, du Einfaltspinsel?" fiel die Alte kämpfend bereit über ihn her. "Hat ihn taufen lassen, der Lausekerl, der heidnische Gottesleugner! Ich konnt' mir's ja denken. Da haben sie den unschuldigen Säugling verunglimpft."

"Oh, mein Herz ahnte es", schluchzte die Mutter. "Und solch einen Kerl nimmt man in die Partei auf! Solch einem Kerl vertraut man, dass er auf die Taufe verzichtet! Warum muss ich so unglücklich sein! Wozu musste ich mich mit diesem Weichling einlassen? Getauft! Oh, Kimuschka, mein Geliebtes, mit welchem Namen soll ich dich nun nennen, du beschimpftes Wesen!"

Hilflos zwinkerte Pjotr Grigorjewitsch mit den Augen.

(Aus dem Russischen übertragen von
Wanda Waldenburg.)

Christkindel beim "Stahlhelm".^x

SPD. Der Stahlhof war einstmals jenes grosse Handelshaus, das deutsche Kaufleute im Zeitalter der Hansa in London gründeten. Heute ist der "Stahlhof" die Versand=G.m.b.H. jenes Bundes, den Herr Seldte als den "der Frontsoldaten" bezeichnet. Seinen Sitz hat der neue "Stahlhof" in Magdeburg. Von dort versendet er sein "äusserst günstiges Weihnachtsangebot". Hier also kann man erwerben: gebrauchte Infanteriespaten, Beilpicken, Armeesättel, Meldetaschen, ungebrauchte Bundeshemden (Marke "Scharnhorst"), Sanitätstaschen leer und gefüllt, Sanitätsbebecher, Signalhörner mit Adler und Armeetrommeln.

Das alles sind Sachen für raue Kriegersleute. Aber auch die Kleinen sollen-Christkindchen lächelt hinter der Gasmaske - nicht zu kurz kommen. "Helft die deutschen Zinnsoldaten wieder in der deutschen Jugend verbreiten, und die deut-

sche Jugend wird wieder national denken!" Packung Nr.1: Stahlhelm=Bundesführer mit Stab. Da sieht man wirklich die Herren Seldte und Düsterberg "porträtähnlich" neben Standarten= und Fanfarenträgern salutieren. Grüßen sie vielleicht Packung 4 ("Stahlhelm=Trupp im Gleichschritt")? Es kann allerdings auch der Bayern=Trupp (Nr.10) gemeint sein. Der zieht dahin, Feder und Gamsbart am Loden=hut, mit nackten Knien, geführt von einem Manne, der die alte kaiserliche Marineflagge, verziert mit dem Stahlhelmemblem, über der Schulter trägt. "Gebirgsmarine zu Fuss" - der alte Vorkriegswitz, realisiert in Zinnfiguren.

Dann kommt wieder etwas für die angeblich Erwachsenen: Bierseidel, Bierzipfel, Zigarettenetuis, Weinkorken und Manschettenknöpfe, alles mit Stahlhelm=verzierung. Der Schluss der Preisliste aber beglückt Jung und Alt zugleich: "Der kleine Kanonier, ein lustiges Bilderbuch für kleine und grosse Artilleristen". Dieses schöne Buch wird wohl beweisen, dass ein sechstägiges Trommelfeuer in einem regennassen Erdloch an der Somme ein Hauptspass für alle Beteiligten gewesen ist. Und "Dicke Luft", die "Bombe der Gesellschaftsspiele", wird also erläutert: "Der Jugend wird in lustiger Weise gezeigt, was die Väter in der grossen Zeit erlebt haben."

Und dabei fragen wir noch immer nach dem Sinn des Krieges? Der "Stahlhelm" hat ihn entdeckt. Es ist die kindische Veralberung alles dessen, was man sonst so gern als Fronterlebnis gepriesen hat, das Verbluten von 20 Millionen europäischer Männer für eine lustige Darstellung in Zinnsoldaten, Bierseideln, Bilderbüchern und witzigen Würfelspielen.

R.M.

Besuch im Muttermuseum.^x

SPD. Es ist Berlins kleinstes Museum - aber auch sein "lebendigstes"; denn hier geht es um das Leben selbst, um das Mysterium und Wunder des Lebens. Der bekannte Frauenarzt und Geburtshelfer Professor Liepmann, bekannt wegen seiner sozialhygienischen Bestrebungen, hat in seinem "Volksmuseum für Frauenkunde" kurz "Muttermuseum" genannt - eine Lehrsammlung geschaffen, die für den Arzt instruktiv, für den Laien höchst interessant, für die werdende Mutter aber von ausserordentlicher Wichtigkeit ist. Dank der grosszügigen Förderung der Reichs- und Staatsbehörden, der Krankenkassen und einer Reihe von Privatleuten konnte vor genau einem Jahre diese umfassende Sammlung der Oeffentlichkeit übergeben werden, deren Thema lautet: Werden und Geburt des Menschen.

Auf engstem Raum ist der weiteste Rahmen gespannt - und ausgefüllt. Wir können die Kulturgeschichte der Wöchnerin studieren: sie führt vom Diluvialtier, das vor einer Million Jahren während des Geburtsaktes vom Erstickungstod über=rascht und so als sein eigenes Abbild im Gestein erhalten wurde, bis in den Operationssaal der allermodernsten Frauenklinik - vom altägyptischen Papyrus mit anschaulich gepinselter Entbindungsszene bis zu der schmerzlich an Heinrich-Zille erinnernden Darstellung einer Geburt im stickigen Kellerloch des Berliner Nordens...

Von den unzähligen künstlerischen Ausführungen des Muttermotivs in der Graphik und Plastik aller Zeiten hat man die eindrucksvollsten zusammengetragen; antike Allegorien des helfenden Arztes, der animalischen Mutterliebe; Frauen- und Mutterdarstellungen von der Eiszeitvenus und der Königin Nofretete bis zu den herrlichen Kohlezeichnungen der Käthe Kollwitz. Daneben überraschen alte Gebärdinstrumente aus dem ausgegrabenen Pompeji durch die hohe Stufe der damaligen ärztlichen Kunst, die wir an ihnen erkennen.

Besondere Schaukästen sind dem Aberglauben gewidmet, der sich zu allen Zeiten der werdenden Mutter und ihrer Umgebung benächtigte; vom Amulett der Mexikaner mit Tigerzahn und Hirschaue ist es nur ein kleiner Gedankensprung zur

abergläubischen Wöchnerin unsrer Zeit. Wieviel klüger und besser wäre es, wenn man lieber die Ratschläge beherzigen würde, die das Muttermuseum auf Plakaten und Leuchtbildern erteilt: rechtzeitige Konsultation des Arztes und der Schwangerenfürsorge, Vorsicht bei der geringsten Erkrankung der inneren Organe, zweckmässige Körpererhaltung bei allerlei Arbeiten, Hygiene der werktätigen Frau in Fabrik und Büro, und nicht zuletzt Licht und Luft, Mutterbrust und Strampelfreiheit für das Kind.

In Glaskästen wird die Anatomie der Frau, der Gebärgorgane und des Kindes bis in die kleinste Einzelheit gezeigt; echte und nachgebildete Präparate führen die Entwicklung des Menschenkindes von der Zeugung bis zur Geburt vor, und sogar eine ganz einzigartige Sammlung von Embryo-Skeletten ist zu sehen. Ein wenig grausig sind die zahlreichen ausgestellten Missgeburten - aber sie sind zugleich recht lehrreich, denn die Geburt eines gesunden Kindes ist fast immer von Sorgfalt und Willen der Mutter abhängig. Ein anderer Schaukasten zieht interessante Vergleiche zwischen tierischem und menschlichen Entwicklungsgang; wir sehen millionenjährige Schwammtiere, Saurier der Urzeit, Schimpansen und Neandertalmenschen - denn auch die Gesetze der Entwicklungslehre gehören zum Themenbereich des Muttermuseums.

Die kleinste Ausstellung der Reichshauptstadt zeigt uns Dinge, die früher nur dem Mediziner zugänglich waren; hier sprechen sie klar und deutlich zu jedem, dem es um das Wissen der primitivsten und zugleich kompliziertesten Vorgänge des Menschenlebens zu tun ist. Dass der Besuch des Muttermuseums kostenlos ist, erhöht seinen Wert um ein Vielfaches und dient dem Leitgedanken, dass die Förderung der Frauenhygiene segensreichste Arbeit an Staat und Volk ist.

Egon Larsen.

Er hat's begriffen.^X

SPD. Billigster Blechtand, den die geschäftstüchtige Spielwarenindustrie zu ihrem Nutzen augenfällig herzurichten weiss, vermag Kinderherzen im Augenblick zu entflammen. Um die Zeit vor Weihnachten laufen auch grössere Kinder gern in die Spielzeugausstellungen, um mit den Augen das zu erfassen, was ihren Händen unerreichbar bleiben muss.

Zwei etwa zwölfjährige Bengels drängeln sich um die Tische. Mit entsprechenden Gesten verständigen sie sich über Wert oder Unwert der Spieldinge für ihre eigenen Bedürfnisse. Ihre Mienen verraten, dass nicht allzu viel als verwendungstüchtig vor ihnen Gnade findet. Steht da auch ein Tisch mit Burgen, ganz wie früher, sogar romantisch verschneite dabei. "Mensch", sagt der eine Junge, " 'ne Burg möcht' ich woll haben; die sind ja mit schwarzrotgoldene Reichsfahnen; mit die kann man spielen". Der Freund guckt ihn eine ganze Weile von oben bis unten an, schüttelt wie ein Alter den Kopf und macht dann eine Bezeichnung, die im Hochdeutschen ungefähr heissen würde: "Bei Dir piept's woll". - Als ihm der Andere immer noch keine Ruhe lässt, fährt es ihm rauhbeinig heraus: "Du bis woll dämlich; mit de Republikfahne kannste doch nich Krieg spielen."....

SPD. Auf Flügeln des Gesanges.^X August hatte ein Verhältnis mit der Sängerin Antonie. Neulich küsste er sie im Dunkeln, jedoch versehentlich auf die Nasenspitze. "Eine Oktave tiefer", sagte da die Sängerin.

Deutscher Reichstag

8. Sitzung vom 4. Dezember 1930.

*SPD. Auf der Tagesordnung stehen in Verbindung mit der Aussprache über den Etat für 1931 die Mitteilung über die neue Notverordnung vom 1. Dezember, die Anträge auf Aufhebung dieser Notverordnung sowie die Anträge über Osthilfe, Vollstreckungsschutz, landwirtschaftliche Verhältnisse und verschiedene Steuern
Abg. Keil (Soz):

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Notverordnungen ist gerade in dieser schweren Zeit am allerwenigsten von Agitationsrücksichten beeinflusst, sondern geschieht unter gewissenhafter Prüfung aller sozialwirtschaftlichen und politischen Dinge. Die ungeheure wirtschaftliche und seelische Not von Millionen Volksgenossen kann durch politisches Geraufe nur gesteigert, aber nicht gelindert werden. Nicht um die Schuldfrage aufzurollen, sondern um die gegenwärtige Situation zu erklären, stelle ich folgendes fest:

Als vor zwölf Jahren die Deutsche Republik ins Leben trat, stand sie vor einem Trümmerhaufen. Der Krieg hat rein finanziell das deutsche Volk 150 bis 200 Milliarden Goldmark gekostet. (Provokatorische Nazirufe bringt der Redner energisch zum Schweigen.) Man hatte sich auf die Kriegsentschädigung verlassen und nichts zur Deckung der Kriegskosten getan. Zwei Millionen schaffensfähige deutsche Männer waren gefallen, 700 000 Witwen, 1½ Millionen Waisen waren übrig, 4½ Millionen Männer hatten ihre Arbeitsfähigkeit ganz oder zum Teil eingebüsst, 1½ bis 1¾ Millionen Kriegsbeschädigte waren auf die Versorgung durch das finanziell verblutete Reich angewiesen. Heer und Heimat waren ausgehungert und zu Tode erschöpft. Die Kassen waren leer oder richtiger, sie waren überfüllt mit Schuldenverpflichtungen. Die Moral des Volkes war zerrüttet, ein grosses Heer von Kriegslieferanten und Kriegsschiebern hatte das verursacht, die die Männer, die sich dazu bereit fanden, antreten mussten. (Nazirufe: Mussten?) Jawohl, durch der Geschichte ehernes Muss dazu verurteilt. (Rufe links nach rechts hinüber: Wo waren denn Sie damals?)

Feindliche Heere rückten tief in deutsches Land, die unversehrten deutsche Gebiete waren von peinlicher Invasion bedroht, wenn nicht rasch der Waffenstillstand geschlossen wurde, den selbst Hindenburg und Ludendorff als unabwendbar bezeichnet haben. Wer weiss, was aus dem Deutschen Reich und Volk geworden wäre, wenn nicht alsbald die Nationalversammlung das neue Staatsgefüge in Gestalt der demokratischen Republik errichtet hätte. (Hohnrufe der Nazi und Kommunisten.) Auch danach hat es im Lager der Gegner an Gelüsten und Versuchen nicht gefehlt, das Deutsche Reich zu zerstückeln. Die demokratische Republik hat alledem erfolgreich Trotz geboten, sie hat den Wahwitz der Belastung Deutschlands mit phantastischen Entschädigungen niedergezwungen, sie hat die Gegner genötigt, ihre Unvernunft zu zähmen, sie hat die Ruhrbesetzung überwunden und sie hat sich eingeschaltet in den Völkerbund, in den Rat der Nationen.

Im alten Staat war das Volk nicht zur Selbstbestimmung erzogen worden. Obgleich in der Republik das Volk durch innere Wirren und zügellose Parteikämpfe hin und her geworfen wurde, ging es vorwärts. Die Deutsche Republik durfte hoffen, mit der Neuregelung der Reparation und der Räumung des noch besetzten Gebietes wieder einen Schritt vorwärts zu tun - als sie von einer Wirtschaftskrise ungeheuersten Masses erfasst wurde. Diese Krise trifft nicht Deutschland allein, aber Deutschland besonders hart, weil sie zu den Kriegswirkungen und zu der einseitigen finanziellen Belastung hinzutritt. Die Krise hat auch die politischen Gegensätze verschärft und damit die Not des Volkes und besonders der Arbeiterklasse gesteigert.

In diesen verschärften Kämpfen treten die Gegensätze der Interessen der Klassen noch schärfer als vorher zutage. Mangelndes Verständnis für die Lebens-

bedürfnisse der Arbeiterklasse, Gegnerschaft gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Mitbestimmung der Besitzlosen, Hass gegen den Sozialismus, dessen Notwendigkeit die wirtschaftliche Entwicklung immer stärker beweist, führten zur Ausschaltung der Sozialdemokratie, der stärksten Partei Deutschlands aus der Reichsregierung. Das hat zu den ungeheuren Spannungen beigetragen, die durch die finanziellen Folgen, nämlich durch die falsche Etatspolitik seit 1925, durch die bewusste Defizitpolitik von 1929 verschärft wurden. Das Kabinett Hermann Müller hatte für 1929 eine volle Deckung des Etats vorgeschlagen, die ihr der Reichstag nicht bewilligt hat. Man träumte von grossen Steuersenkungen, man verfügte zu früh über die Reparationserparungen, die nachher durch die Folgen der wirtschaftlichen Depression aufgezehrt wurden. Die finanzielle Not hätte 1930 trotz der Krise nicht dieses Mass erreicht, wenn jene Fehler 1929 vermieden worden wären. Die staatliche Not versuchte man einzudämmen durch einseitige Belastung der breiten Massen mit Steuern und übersteigerten Zöllen auf Nahrungsmittel. Dies sowie die Lohnsenkungen und Arbeiterentlassungen haben zur Einschränkung des Verbrauchs und zur Verschärfung der Krise geführt. Von diesem Geist war die Politik des Kabinetts Brüning im April und im Juli erfüllt. Die Reichstagsauflösung und die starken Erschütterungen des politischen Lebens hätten sich vermeiden lassen, wenn damals die zur Mitarbeit bereiten Kräfte der Sozialdemokratie nutzbar gemacht worden wären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Gegenrufe der Flügelparteien.)

Die Vernachlässigung der Interessen der Besitzlosen tritt auch in den neuen Notverordnungen und im Haushaltsplan hervor. Von der Ausgabensenkung fällt die Hälfte auf soziale Zwecke. Bei der Arbeitslosenversicherung sucht man den Ausgleich in erhöhten Beiträgen, und den Rest werden die Gemeinden zu decken haben. Es mag richtig sein, dass eine Versicherungseinrichtung sich selbst decken muss. Aber die Versorgung der gegen ihren Willen zum Feiern Verurteilten, der $3\frac{1}{2}$, vielleicht demnächst schon 4 oder 5 Millionen Erwerbslosen mit ihren Angehörigen ist nicht mehr interne Angelegenheit der Arbeitslosenanstalt, sondern ein staatspolitisches Problem allerersten Ranges. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) In seinem eigenen Interesse hat der Staat dafür zu sorgen, dass diesen Millionen, die durch die Unwahrscheinlichkeit, wieder in gesicherte Verhältnisse zu kommen, seelisch zermürbt werden, das Existenzminimum gewährt wird.

Das war der Grundgedanke bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung, wo man allerdings von einem solchen Umfang nichts geahnt hat. Aber diese Verschlimmerung kann doch kein Grund sein, dass das Reich sich von seiner Sicherheitsleistung befreit, sondern im Gegenteil sie erst recht empfindet. Darum halten wir den Grundgedanken des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auch heute noch für richtig.

Im anderen Teile des Haushaltsplanes sehen wir nicht dieselbe rücksichtslose Sparsamkeit, so beim Heeresetat. Man braucht kein grundsätzlicher Gegner der Wehrmacht zu sein, und kann doch meinen, dass der finanzielle Aufwand für das kleine Heer übertrieben hoch ist. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt keine Verminderung unseres Heeres, um so weniger, als die anderen Grossstaaten sich der Abrüstung hartnäckig widersetzen. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause.) Wir wollen auch die Schlagfertigkeit des Heeres nicht verringern, noch weniger die Versorgung der Mannschaften einschränken. Aber zahllose Positionen des Heeresetats können beträchtlich gekürzt werden, ohne dass solche Wirkungen eintreten. Darüber wird in der Einzelberatung zu reden sein.

Die Notverordnung vom Juli haben wir hauptsächlich aus verfassungsrechtlichen Gründen bekämpft. Leider lassen sich die damals begangenen Fehler nicht mehr vollständig gutmachen. Die Wiedergutmachung wäre möglich gewesen, wenn die Mehrheit der deutschen Wähler sich am 14. September hinter die Sozialdemo-

kratie gestellt hätte. (Ironische Zurufe ganz rechts und ganz links.) Die Regierung ist von ihrer These der Unabänderlichkeit der Notverordnungen abgegangen. Wir haben das zur Änderung der Notverordnungen getan, was im sozialen Interesse notwendig war.

Die Sozialdemokratie ist nicht völlig zufrieden mit den Ergebnissen ihres Kampfes. Das liegt an den parlamentarischen Machtverhältnissen. Wir hätten allerdings mit den Nationalsozialisten und den Kommunisten im Haushaltsausschuss leicht eine Mehrheit für die völlige Aufhebung der Notverordnungen finden können, aber wir hätten damit den notleidenden Arbeitermassen einen schlechten Dienst erwiesen, weil dann kein Pfennig für die Arbeitslosen und Krisenunterstützten in den Reichskassen gewesen wäre. Eine neue Regierung hätte sich nach den parlamentarischen Verhältnissen kaum bilden lassen, um unsere Wünsche zu erfüllen. Trotz der Verwandtschaft der Kampfmethoden der Nationalsozialisten und der Kommunisten ist wohl eine gemeinsame Regierungsbeteiligung zu positiver Arbeit bei den beiden Parteien unmöglich. Die Regierung hat sich bei der Durchführung ihrer jetzigen Finanz- und Etatspläne derselben Methoden wie im Juni bedient. Wir bestreiten es nicht (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Aha!), dass die Krise sich seit Juli noch verschärft hat, Das scheint aber nicht der Hauptgrund der Regierung gewesen zu sein, warum sie wieder den Weg der Notverordnungen beschritten hat, sondern sie hatte offenbar nicht mehr die Hoffnung, eine Mehrheit für ihre Pläne zu finden. Ich stelle ausdrücklich fest, dass die Sozialdemokratie bisher nicht in die Lage gekommen ist, durch ihr Votum zu den neuen Regierungsplänen Stellung zu nehmen. Die Regierung scheint ihrer allgemeinen parlamentarischen Stützen nicht mehr sicher zu sein.

Es ist eine eigene Sache mit den sogenannten Regierungsparteien: Die eine kennt keine Fraktionsdisziplin, die andere will mit der Regierung überhaupt nichts zu tun haben. Die Wirtschaftspartei ist ausgebrochen, weil die Regierung ihre wüsten Angriffe auf den Mieterschutz nicht mitmachen will. Ihr offizieller Verbindungsmann zur Regierung hat allerdings die Brücken noch nicht ganz abgebrochen. Die Wirtschaftspartei hat ihren Schritt damit begründet, dass wichtige Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes durch die Regierung gefährdet würden. Ich weiss nicht, seit wann die Wirtschaftspartei Vertreterin wichtiger Lebensinteressen des deutschen Volkes ist. Als im Reichstag von dem heutigen Finanzminister das berühmte Wort von dem Interessentenhaufen gebraucht wurde, da wandten sich die Blicke der meisten Mitglieder des Hauses zu den Bänken der Wirtschaftspartei.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den neuen Notverordnungen ist noch nicht endgültig festgelegt. Wir bestehen allerdings selbst bei einer Aufhebung der neuen Notverordnungen darauf, dass die von uns erkämpften Verbesserungen der alten Notverordnungen nicht wieder beseitigt werden. Wir halten auch die Finanzsanierung, wie sie die Regierung plant, für dringend notwendig. Die Kürzung der Einnahmen der Gemeinden bringt allerdings die durch die Wohlfahrtslasten stark belasteten Gemeindefinanzen in noch viel grössere Gefahr

Wenn die Beträge für die Krisenfürsorge gekürzt werden, dann müssen den Gemeinden die notwendigen Mittel für die Erweiterung der Wohlfahrtsfürsorge gegeben werden. Wir bedauern es, dass die Regierung nicht die von uns vorgeschlagene Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mark von 5 auf 10 Prozent mit in Anwendung gebracht hat. Die Bürgersteuer hat ihren Charakter als rohe Kopfsteuer verloren. Die Staffelung und die Befreiung grosser notleidender Volkskreise ist eine Verbesserung dieser Steuer. Wenn die Kommunisten so vernünftig gewesen wären, uns bei diesem Kampf zu unterstützen, so hätten wir noch weit mehr für die ärmere Bevölkerung herausholen können. (Lärm bei den Kommunisten) Die Erhöhung der Getränkesteuer und der Tabaksteuer halten wir für sehr bedenklich. Wir verstehen es nicht, warum nicht endlich das von uns vorgeschlagene Projekt eines Tabakmonopols verwirklicht wird. Die Erhöhung der Belastung besonders für Zigarren, der Ver-

packungszwang besonders für Zigaretten sind sehr bedenkliche Mittel. Die Begrenzung und Senkung des einzigen bisher beweglichen Faktors der Gemeindegemeinnahmen der Realsteuern gefährdet die kommunale Unterstützung der Bauwirtschaft.

Der Wohnungsbau, ein wichtiger Faktor bei der von der Regierung versprochenen Arbeitsbeschaffung, wird durch diese Beschränkung der Gemeindegemeinnahmen geschwächt. Das Regierungsprogramm läuft also eher auf eine Arbeitseinschränkung statt auf die Arbeitsbeschaffung hinaus. Noch viele andere Massnahmen der Regierung wirken krisenverschärfend statt krisenmildernd. Wir erkennen die grundsätzliche Notwendigkeit der Gehaltskürzungen in einer solchen Krisensituation an. Aber es wäre richtiger gewesen, eine stärkere Staffelung nach oben vorzunehmen. Jedenfalls wirkt die Gehaltskürzung kaufkraftvermindernd. Die von der Regierung in Angriff genommene Preissenkung hat bisher nur mikroskopische Wirkungen gehabt.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist ein deutlicher Beweis für das Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wir wollen, dass der Zusammenbruch dieses Wirtschaftssystems sich ohne Bürgerkrieg, ohne Erschütterungen und Katastrophen vollzieht. Wir behalten uns unsere Stellung zu den Vorlagen der Regierung vor, aber wir werden uns immer leiten lassen von dem Willen, unsern notleidenden Volksgenossen zu helfen. (Beifall b.d. Soz.)

Abg. Feder (Natsoz.): Die sogenannte Sanierung unserer Finanzen ist ein Verbrechen und ein Betrug am Deutschen Volke. Denn unsere Gläubiger wären recht dumm, ihre Ansprüche aufzugeben, wenn unsere Finanzen in Ordnung gebracht sind. Der mit grossen Hoffnungen angefangenen Erfüllungspolitik folgte immer das bittere Ende. (Zurufe links) Unser Programm ist nie geändert worden. (Zurufe links und Hitlers Erfüllungspolitik?) Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums, (Heiterkeit links) allerdings nicht auf dem schrankenlosen Privateigentumsbegriff des Liberalismus. Was wir wieder sozialisieren wollen, ist das Geld- und Verkehrswesen, das durch den Dawes- und den Youngplan entstaatlicht wurde. Dann erübrigt sich die Sozialisierung der Produktionsmittel, in deren Bereich die freie Initiative und die Selbstverantwortung der freien Persönlichkeit für den Ertrag ausschlaggebend sind. Die Betriebsformen Klein-, Mittel- und Grossbetrieb brauchen nicht wesentlich geändert zu werden. Nur die Mammutbetriebe mit beamtenmässiger Verwaltung müssen verschwinden. Wir erkennen auch die gesellschaftliche Bedeutung der Bankiers an, die nicht beseitigt werden sollen. Wir sind nicht für die Beseitigung des Gewinnertrags, (Zurufe links: Also für den Profit!) aber gegen die Zinsknechtschaft. Das Zentrum müsste uns nach den Zinsverboten kanonischen Rechts, die nur durch die moderne Scholastik beseitigt wurden, eigentlich hilfreich zur Seite stehen. Die Kapitalfluchtschieber muss man aufhängen. (Zuruf der Kom.: Wollen Sie Ihr Bankkonto wieder abheben? - Gebrüll der Nazis) Die Brechung der Zinsknechtschaft gegenüber dem Ausland ist keine Geld- und Kreditfrage, sondern eine Machtfrage, die von dieser ohnmächtigen Regierung nicht gelöst werden kann. Herr Abg. Dingeldey, wenn Sie sich in Ihrer Fraktionssitzung wieder mit uns befassen, dann lesen Sie gefälligst unsere Literatur, ehe Sie uns sozialistische Tendenzen unterstellen. (Grosse Heiterkeit und Lärm links.- Glocke des Präsidenten). Wir sind auch eine religiöse Bewegung. Das sollte sich das Zentrum merken, ehe ihm Millionen davon laufen. Es sollte mit uns unser Schulgebet mitbeten. (Der Redner trägt eins der Frick'schen Schulgebete vor.- Lärm links) Deutschland erwache! (Beifallsgebrüll der Nazis).

Reichsfinanzminister Dietrich:

Mit dem Vorredner bin ich darin einig, dass wir das selbständige Gewerbe schützen müssen vor der Gefahr, von den Grosskonzernen abgefressen zu werden. Der Zinssatz wird sich durch staatliche Verbote nicht herabsetzen lassen. Die Zinssenkung wird am besten dann erreicht, wenn Deutschland politisch und wirtschaftlich stabil wird. Das erste Mittel dazu ist die Annahme des Ihnen vorge-

legten sparsamen Etats. Wir stehen im Winter vor der Frage, wie die Gemeinden die schweren Lasten für die Wohlfahrts- und Erwerbslosen aufbringen können. Wir leiden auch darunter, dass zwar nicht das Reich, aber die deutsche Wirtschaft kurzfristige Auslandsschulden hat. Darum wollen wir eben durch eine Sanierung der Reichsfinanzen das Zutrauen des Auslands zu Deutschland wieder herstellen. Es ist zu begrüßen, dass jetzt auch von nationalsozialistischer Seite der verlorene Krieg als die Ursache unserer Finanznot anerkannt wird. Alle Regierungen haben sich bemüht, diese Not zu beheben. Es mögen dabei manche Fehler gemacht worden sein, aber ich verwehre mich dagegen, dass man irgendeiner dieser Regierungen geradezu hochverräterische Haltung zum Vorwurf macht.

Wenn Abg. Feder Deutschland Gesamtverschuldung auf 50 bis 60 Milliarden angibt, so übersieht er, dass auch der Siegerstaat England 50 Milliarden Schulden hat. Die Inflation ist nicht verbrecherisch gemacht worden, sondern sie ist die Folge des zweiten Krieges gewesen, den wir geführt haben gegen die Ruhrbesetzung. Die Kriegsschuldbehauptung im Versailler Vertrag haben wir niemals anerkannt. (Zurufe von den Nat. Soz.: "Hermann Müller!") Ich habe in Weimar die Ablehnung des Versailler Vertrages durch die Demokraten ausdrücklich damit begründet, dass wir den Angriff auf unsere Ehre nicht hinnehmen könnten. (Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.): "Herr Minister, Sie werden von uns nicht persönlich angegriffen, sondern als Träger des Systems.") Der Abg. Feder hat Mussolini gerühmt wegen der Produktionssteigerung der italienischen Landwirtschaft. Warum sagt er nicht, dass die deutsche Landwirtschaft mindestens dasselbe geleistet hat. Wir brauchen keine ausländischen Vorbilder, wenn es gilt, an der Überwindung unsere Not zu arbeiten. Wir haben in der deutschen Reichsregierung auch kein anderes Ziel, als die Ehre und Freiheit unseres Volkes zu verteidigen. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Stöcker (Komm.) wendet sich zu den Nationalsozialisten: Sie predigen gegen Juden, Bank- und Börsenfürsten, aber Ihre Taten richten sich nur gegen die revolutionären deutschen Arbeiter, von denen Sie schon hunderte ermordet haben! Von den Nationalsozialisten kommen laute, erregte Zurufe: Vizepräsident Esser ersucht um Ruhe. Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und viele andere Abgeordneten verlassen den Saal, während Abg. Stöcker seine Rede fortsetzt. Er erklärt, die Kommunisten seien die einzige antikapitalistische und antisozialistische Partei. Die Sozialdemokraten seien schon dabei, umzufallen und die Diktatur-Regierung Brüning zu retten.

Abg. Ersing (Z)

beklagt die Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten durch Gewalt und Mordwaffen. Die Nationalsozialisten haben landesverräterische Beziehungen zu den italienischen Faschisten. (Abg. Stöhr: Keiner meiner Parteigenossen war in Rom!) Jedenfalls stellen Sie die Methoden Mussolinis als Beispiel hin. Italien ist trotz der Diktatur in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und muss auch die Beamtengehälter kürzen. (Naziruf: Da werden aber keine Tribute gezahlt, sondern Preise abgebaut). Die Parteigegensätze müssten angesichts der Not und der grossen finanziellen Aufgaben verschwinden. Durch ein Tabakmonopol würden die Reichseinnahmen nur sinken. Mit Recht wendet sich die Arbeiterschaft gegen die Kürzungen am Sozialetat. Der Opferwille der Arbeiterschaft zugunsten der Erwerbslosen ist ein leuchtendes Beispiel christlicher Solidarität. Andere Schichten, die immer von Volksgemeinschaft reden und nichts dazu tun, sollten sich das zum Beispiel nehmen. Der sogenannte Kampf gegen den Marxismus ist meist nur ein Aushängeschild der Sozialreaktion. (Sehr richtig! in der Mitte und links) In der Hugenberg-Partei gibt es viel mehr praktische Marxisten, als in der Sozialdemokratie. Mit dem Aufruf zum Kampf gegen den Marxismus wird man das Zentrum nicht beeinflussen können. Der Arbeiterschutz muss ausgebaut werden. Nicht nur die Beamten, sondern das ganze Volk ausser einer dünnen Oberschicht bringt Opfer. An Kulturausgaben soll nach Möglichkeit nichts gestrichen werden. Wo bleibt die

Preissenkung bei der öffentlichen Verwaltung, Herr Reichsfinanzminister? In den Ministerien müssen insbesondere höhere Beamte abgebaut werden, wie Abg. Dietrich vor 3 Jahren es selbst gefordert hat. (Heiterkeit) An der Uebersetzung des Beamtenapparats sind nicht die Beamten, sondern die Parlamente mit ihrer Gesetzgebungsmethode schuld. Es müssen nur wenige aber gut bezahlte Beamte da sein. (Beifall beim Zentrum).

Abg. Dr. Bang (Dnat.): Die jetzige Regierung regiert nicht auf Grund des Vertrauens des Reichstags. Das Verschieben des Reichsrats entspricht ebenso wenig dem Sinn der Verfassung. Die Regierung verwechselt sich selbst mit dem Staat und entwertet den Artikel 48, der nur als Instrument für die höchste Not des Staates geschaffen ist. Auch das Notverordnungsrecht kann nur innerhalb der Verfassung gebraucht werden, sonst könnte man ja mit dem Art. 48 die Verfassung aufheben. Die Regierung hält sich für unabhängig. Da die deutsche Ausfuhr seit 1½ Jahren stark gestiegen ist, kann die Krise nur durch die Verschlechterung des inneren Marktes entstanden sein; es ist eine Hungerausfuhr, während die Tribut- und die ganze Wirtschaftspolitik die Kaufkraft des Volkes vernichten. Der Reichsfinanzminister scheint eine Art Regierungsmimose spielen zu wollen, er ist empfindlich wie eine zarte Jungfrau. Ueberbrückungskredite sind nur der Brückenschlag von einem Defizit zum anderen. Heute hat man die Privatwirtschaft die Mittel enteignet, um sie ihr dann als Darlehen zu geben und sie durch die Zinszahlung kaputt zu machen. Stegerwald hat den Vertrauensverlust infolge dieser Politik bestätigt und gesagt, man dürfe nicht Sozialpolitik machen, ohne Rücksicht auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Sehr gut - aber wenn wir das sagten, waren wir "Sozialreaktionäre". 1929 hat Minister Hilferding im Haushaltsausschuss mit Recht erklärt, er könne für die Reichsfinanzen die Verantwortung nicht mehr übernehmen, wenn nicht sofort eine Reform der Sozialpolitik gemacht werde. Seine Partei hat ihn im Stich gelassen, denn sie hatte nicht den Mut dazu. Wir müssen uns zu dem Grundsatz armer Völker bekennen, dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten müssen. Seit 1928 ist an Personal und Gehältern gespart worden, aber unsere Gesamtlast beträgt doch 25 bis 27 Milliarden. Ohne Younglast haben wir 20 Milliarden öffentliche Schulden. Die Neubelastung in diesem Jahr beträgt nach einer Rede Stegerwalds an Steuern usw. 3.660 Millionen. So kann nicht weiter gewirtschaftet werden. Zu der Younglast kommt als Fehlerquelle die Uebersetzung des Fürsorgetats und die marxistische Zwangsbewirtschaftung der Arbeit. Wir fürchten, dass nicht der Reichsfinanzminister, sondern wir Recht behalten mit der Beurteilung der Etatslage.

Abg. Dr. Cremer (D.Vp.): Der Etat für 1931 setzt voraus, dass die Notverordnung Gesetz bleibt. Wir erkennen dankbar an, dass unsere früher oft abgewiesenen Sparsamkeits-Anregungen im vorliegenden Etat berücksichtigt worden sind. Die Einsparungen gehen weit hinaus über das, was wir im Frühjahr 1929 forderten und was damals von der Mehrheit als ganz unmöglich bezeichnet wurde. Wäre man schon damals unseren Anregungen gefolgt, so wäre das Reich heute um 1200 Millionen reicher. Wir müssen fragen, ob der unregelmäßige finanzielle Zustand der Arbeitslosenversicherung nicht auch auf den Etat trotz der formellen Trennung seinen verhängnisvollen Einfluss üben kann. Davor können wir uns nur schützen, wenn bis zum April 1931 die dringend notwendige Reform der Arbeitslosenversicherung durchgeführt ist. Die gründliche Sanierung der Gemeindefinanzen ist eine Aufgabe, die nicht länger hinausgeschoben werden darf. Die in der neuen Notverordnung enthaltenen Änderungen gegenüber der Juli-Verordnung kann man beim besten Willen nicht als ein Produkt marxistischer Gedankengänge bezeichnen. In der Preissenkung ist zwar nicht alles, aber es ist schon sehr viel geschehen. Die Ankurbelung der Wirtschaft wird natürlich erst möglich sein, wenn die Preissenkungsaktion abgeschlossen ist.

Wenn wir trotz der Kritik im einzelnen der Notverordnung im ganzen zustimmen, so geschieht es, weil in dieser ersten Zeit ein anderer Ausweg aus der

Notlage nicht zu sehen ist. Wir hoffen, dass damit ein wesentlicher Schritt getan wird zu der Sanierung, die dringend notwendig ist (Beifall b.d.D.Volksp.)

Abg. Dr. Gereke (Landvolk) billigt aus Gründen der Landwirtschaft die Notverordnungen und polemisiert gegen die deutschnationalen Angriffe auf Minister Schiele. Ohne die Notverordnungen wäre die Verzweiflung unter den Landwirten noch viel grösser. Falsch war, die Rechte nicht an die Verantwortlichkeit zu binden und sie dadurch in eine Opposition zu treiben, die besonders angesichts der Verhältnisse in Preussen nur zu sehr verständlich ist. Bedenken haben wir gegen die Aussenpolitik Curtius' und wider das Vorgehen Wirths gegen die nationale Regierung Thüringens. Wir lehnen das Programm der Nationalsozialisten ab, bedauern aber desto mehr die Massnahmen Preussens und die Haltung des Zentrums gegen die Nationalsozialisten, was nur Propaganda für sie macht. Auch die Finanzpolitik Dietrichs gegen die Länder usw. halten wir schädlich. Wir müssen die Notverordnung trotz mancher Vorteile für die Landwirtschaft aus vielen Gründen ablehnen. Wir fordern den Reichskanzler auf, zu unserer alten gemeinsamen Linie zurückzukehren, indem er sich von der Sozialdemokratie abwendet.

Abg. Adolph (Volksnat.) spricht gegen Wiederholung von Parteiprogrammen und Parteiwünschen, fordert Verantwortungswillen erklärt sich gegen die Beamtensteuer. Da ihn die Nazis lärmend unterbrechen, mahnt Präsident Löbe sie mit den Worten: "Meine Herren, es war doch bis jetzt so friedlich!" zur Ruhe.

Die Weiterberatung wird auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Abg. Dr. Neubauer (Kom.) nimmt in persönlicher Bemerkung einen Zuruf zurück, mit dem er während der Rede Keils irrtümlicherweise den Sozialdemokraten vorgeworfen hatte, im Haushaltsausschuss Abänderungsanträge zur Kopfsteuer nicht gestellt zu haben.

Abg. Feder (Natsoz.) will das Eingeständnis in seiner Rede, dass die Nazis sozialistische Ideen nicht vertreten, durch Verlesung des unkorrigierten Steuergrogramms ungeschehen machen. Danach habe er zum Abg. Dingeldey gesagt:

"... Sie haben gar keine Ursache, uns sozialistische Tendenzen zu unterschieben (Stürmische Hört! Hört=Rufe der Soz. und Komm.), so wie Sie das verstehen. (Grosse Heiterkeit links, - Zurufe der Kom.: "Nur keine jüdischen Kommentare)."

Für die sozialistische Tendenzen von Ihnen (nach links) bedankt sich das deutsche Volk. (Anhaltende grosse Heiterkeit links und in der Mitte) Ihr "Sozialismus" ist nur bolschewistische Zerstörung. Sie wissen genau, was wir unter dem Ausdruck Sozialismus verstehen. (Dauernde Heiterkeit links und in der Mitte.)

Das Gesetz über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken wird angenommen.
Schluss 19 Uhr.